

HRSG.: PETER BATHKE/CLAUS-DIETER KÖNIG

Afrika Reader 2009



Trier/Dakar 2009

LINKE POLITIK BRAUCHT POLITISCHE BILDUNG!

ANLIEGEN UND ZIELE DER JENNY MARX GESELLSCHAFT

Die Jenny-Marx-Gesellschaft setzt sich für soziale Gerechtigkeit, lebendige Demokratie, die Freiheit kritischen Denkens und die Erhaltung und Ausweitung individueller Freiheitsrechte unter Wahrung sozialer und solidarischer Grundsätze ein.

In den Traditionen der Arbeiterbewegung, des Antirassismus und des Antifaschismus sieht die Jenny-Marx-Gesellschaft ihre Wurzeln, aber auch ihre Verpflichtung. Kapitalismuskritik ist für uns ebenso Notwendigkeit wie unser überzeugtes Eintreten gegen alle antidemokratischen Bestrebungen.

Um auf diesem Wege viele mitzunehmen, wollen wir Ansprechpartner und Forum für vielfältige linke Initiativen, Bewegungen und Denkrichtungen sein. Wir wollen mithelfen aktuelle politische Bildung und historisches Wissen zu vermitteln, so dass kritisches Denken und verantwortliches Handeln als kompetente Einmischung in das gesellschaftspolitische Geschehen für viele möglich werden.

In einer Gesellschaft, in der offensiv für den Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften geworben wird und die Politik ihre Handlungsspielräume freiwillig zugunsten ökonomischer Vorherrschaften aufgibt, ist es umso wichtiger linke Kräfte zu bündeln und an der Basis eine neue Solidargemeinschaft zu bilden. Einen bescheidenen Beitrag dazu möchten wir mit unseren Angeboten leisten.

Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln, dass sie in kompetenter Weise am politischen Geschehen nicht nur passiv teilnehmen können, sondern durch Aktionen und Initiativen in ihrem sozialen Raum etwas bewegen können. Dazu organisieren wir mit Kooperationspartnern vor Ort verschiedene politische und kulturelle Veranstaltungen.

Afrika Reader 2009

HRSG.: PETER BATHKE/CLAUS-DIETER KÖNIG

DIE UNTERSCHIEDLICHEN BEITRÄGE STAMMEN AUS VORTRÄGEN ODER AUFSÄTZEN DER JEWELIGEN AUTOREN. WIR BEDANKEN UNS FÜR DIE ÜBERLASSUNG UND DIE ENGAGIERTE UNTERSTÜTZUNG UNSERES PROJEKTES.

DIE HRSG.

IMPRESSUM:



POSTFACH 2127

54211 TRIER

INFO@JENNY-MARX-GESELLSCHAFT.DE

WWW.JENNY-MARX-GESELLSCHAFT.DE

JENNY MARX GESELLSCHAFT IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Afrika Reader 2009

HRSG.: PETER BATHKE/CLAUS-DIETER KÖNIG

Inhalt:

Claus-Dieter König
Einleitung 3

Erster Teil: Problemlagen des Kontinents

Gerhard Hauck
Kolonialisierung und koloniale Entwicklung in Afrika 4

Nora Schüttpelz
Die Handelspolitik der EU gegenüber Afrika 10

Jörg Goldberg
Afrika im Sog der Krise 18

Erklärung des 11. jährlichen Auswertungs- und Strategietreffens des Africa Trade Network, Accra, Ghana, 25.-28. August 2008: Standhaft sein und gemeinsam gegen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) handeln 20

Zweiter Teil: Probleme einzelner Länder

Sofiri Joab-Peterside
Zur politischen Ökonomie des Konflikts im Niger-Delta 24

Claus-Dieter König
Zivilgesellschaft in Afrika findet auf dem Land statt – ein Beispiel aus dem Senegal 30

Valborg Edert
Radio als soziale Organisation – das Netzwerk Radio Kayira in Mali 35

Anja Schade
„We don't want them here.“ Hintergründe zu den xenophoben Überfällen in Südafrika im Mai 2008 39

Claus-Dieter König
Nun wieder „Hakuna matata“ in Kenia? 49

Claus-Dieter König

Einleitung

Afrika ist der Kontinent mit den ältesten bekannten menschlichen Lebensspuren: Der Homo sapiens hat sich von Afrika aus nach Asien und Afrika ausgebreitet. Heute dagegen leben die etwas über eine Milliarde Einwohner des Kontinents in bitterer Armut. Sie sind von der Entwicklung der Wissenschaft, der Hochtechnologie, den internationalen Handelsströmen weitgehend abgekoppelt.

Die Weltwirtschaft interessiert an Afrika vor allem mineralische Rohstoffe und (zunehmend) großagrikulturell nutzbares Land. Die Menschen Afrikas kommen in den Kalkulationen der Konzerne und wirtschaftspolitischen Strategien führender Industrienationen kaum als Arbeitskräfte und noch weniger als Konsumentinnen und Konsumenten vor. Sie sind aus deren Sicht „außer Wert“ gesetzt, selbst wenn das Land, auf dem sie leben, wegen der Rohstoffe oder der landwirtschaftlichen Nutzbarkeit dem Kapital wertvoll geworden ist.

Afrika mit seinen über 50 Staaten und 10 abhängigen bzw. autonomen Gebieten ist ein Kontinent der Vielfalt. Sehr unterschiedlich sind deshalb auch die Handlungsweisen und Strategien, die von Afrikanerinnen und Afrikanern gewählt werden, um ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Sie bieten der gesellschaftlichen Rückständigkeit die Stirn, wollen die wirtschaftlichen und sozialen Umstände ihrer Lebenssituation beeinflussen, Mitsprache gewinnen, selbstbestimmt ihr Leben in zivilgesellschaftlichen Strukturen gestalten.

Die Menschen Afrikas tragen schwer am Erbe der Kolonialherrschaft und der verfehlten Entwicklungspolitik der seit der Erringung der staatlichen Unabhängigkeit vergangenen Jahrzehnte. Die in den Industriestaaten vorherrschende Auffassung über Charaktereigenschaften von Afrikanerinnen und Afrikanern ist den Interessen der ehemaligen Kolonialherren und heutigen Managern der global agierenden Konzerne angepasst: Afrikaner seien passiv und würden ihr Schicksal geduldig erleiden. Dies ist eine bewusst falsche Darstellung, um den Status quo zu erhalten oder wirtschaftliche Aktivitäten von Afrikanern als „marginal“ oder „informell“ abzuwerten. Tatsächlich entwickeln Afrikanerinnen und Afrikaner heute eine immense Kreativität auf wirtschaftlichem, kulturellen und zivilgesellschaftlichem Gebiet.

Der vorliegende Reader beschäftigt sich im ersten Teil mit der Kolonialisierung Afrikas, der Handelspolitik der EU gegenüber Afrika und den Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Kontinent. Zugleich wird mit der Erklärung des Strategietreffens des „Afrika Trade Network“, 2008 in Accra, dokumentiert, wie afrikanische Staaten sich gemeinsam gegen die ihnen von der EU aufoktroierten Bedingungen der „Wirtschaftspartnerschafts-abkommen“ wehren.

Im zweiten Teil des Readers stellen die Autorinnen und Autoren gesellschaftliche Probleme und Lösungsansätze in einzelnen Ländern – Nigeria, Senegal, Mali, Südafrika und Kenia – dar. Dabei wird einerseits die tödliche Spirale von Massenarmut, unterentwickelter wirtschaftlicher Infrastruktur, Gewalt und politischen Instabilität aufgezeigt. Andererseits werden ermutigende Beispiele von Kreativität der Afrikanerinnen und Afrikaner im politischen Handeln, im gestaltenden Eingreifen der Menschen in ihre Gesellschaften benannt.

Erster Teil: Problemlagen des Kontinents

Gerhard Hauck

Kolonialisierung und koloniale Entwicklung in Afrika

Immanuel Wallerstein hat einen berühmt gewordenen Aufsatz über die „Drei Stadien der Einbeziehung Afrikas in die Weltwirtschaft“ geschrieben (Wallerstein 1976). Das erste dieser Stadien ist das des „Informal Empire“ und dauert von etwa 1750 bis etwa 1900, das zweite ist das der formellen Kolonialherrschaft von etwa 1900 bis irgendwann zwischen 1960 und 1980, das dritte ist die Zeit der formellen Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten im Rahmen des gegenwärtigen Weltsystems.

Die Einteilung als solche ist sicherlich nicht sonderlich originell; so ähnlich unterscheiden die meisten, die sich mit dem Thema befassen. Eine besondere Note kommt bei Wallerstein jedoch dadurch hinein, dass er diese Entwicklung nicht als Expansion Europas, sondern als Ausbreitung des „kapitalistischen Weltsystems“ analysiert. Kapitalismus ist für Wallerstein Produktion von Waren für den Verkauf auf einem Weltmarkt. Ein kapitalistisches System ist das einzige, in dem sich die Ökonomie gemäß ihrer Eigengesetzlichkeit entwickeln und ihre Eigendynamik entfalten kann, die Dynamik der Kapitalakkumulation – „Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen“ hatte schon Marx (MEW 23, 621) als ihr Grundgesetz formuliert. Dies aber setzt sich ständig erweiternde Märkte, eine unablässige Ausweitung des Weltmarkts voraus – „ohne eine derartige Expansion wäre es nicht profitabel, eine kapitalistische Weltökonomie zu erhalten“ (Wallerstein 1979, 71).

Der Expansion des kapitalistischen Weltsystems nach Afrika stellte sich an ihrem Anfang, im ersten von Wallersteins Stadien, vor allem ein Problem: Wie bringt man es zustande, dass die Menschen aus Gesellschaften, die bisher ganz überwiegend von Subsistenzproduktion lebten und allenfalls am Rande Luxuskonsumgüter wie Gold und Elfenbein für den Weltmarkt produzierten, nun plötzlich massenhaft Rohstoffe für die kapitalistische Industrie bzw. Massenkonsumgüter für die Bevölkerung in den Metropolen herstellen. Solange die Subsistenz der Menschen in jenen Gesellschaften einigermaßen gesichert ist, haben sie gar keine Veranlassung dies zu tun. Nur nackte Gewalt kann sie dazu zwingen – und hat sie dazu gezwungen. In unserem Zusammenhang geht es dabei vor allem um die gewaltsame Enteignung und schließlich Ausrottung der „Indianer“ in der Karibik, die Errichtung von für den europäischen Markt produzierenden Zuckerplantagen auf deren Grund und Boden und die Versklavung und Verschiffung von Millionen von Afrikanern zur Arbeit auf diesen Plantagen. Die Beschaffung der Sklaven in Afrika überließen die Europäer dabei weitgehend einheimischen Herrscherklassen, denen sie dafür vor allem Feuerwaffen zur Sicherung ihrer Herrschaft und zur Jagd auf weitere Sklaven lieferten. Aus allen drei Bestandteilen dieses „Dreieckshandels“ – dem Sklaven-, wie dem Zucker-, wie dem Waffenhandel – konnten europäische Handelshäuser enorme Gewinne ziehen; und die Grundlage dieser Gewinne war die direkte physische Gewalt.

Gerade wenn man Wallersteins Überlegungen ernst nimmt, muss man an dieser Stelle aber eine Änderung in seinem Schema vornehmen und die soweit beschriebene erste Phase als überwiegend gewaltsame von der nächsten, vergleichsweise (keineswegs absolut) friedlichen unterscheiden – und das heißt, statt einer Drei- eine Vierstadiengliederung einführen. 1807 hat England bekanntlich den Sklavenhandel verboten; und auch wenn er damit keineswegs von einem Tag auf den anderen verschwand, musste er doch zunehmend dem „legitimate trade“ mit allen möglichen anderen Waren

Platz machen. Sklavenjagd und freier Handel sind aber zwei paar Stiefel; unter dem letzteren nimmt die Expansion eine völlig andere Gestalt an – an die Stelle der unmittelbaren physischen Gewalt als Instrument der Gewinnerzielung tritt der Markt. Der mit dem „Informal Empire“ üblicherweise identifizierte „Freihandelsimperialismus“ beginnt erst nach der Abschaffung der Sklaverei. Der Grund für den dadurch markierten Sinneswandel liegt (hier können wir Wallerstein wieder folgen) vor allem in dem Dilemma, dass eine Region, die als Lieferant von Arbeitskräften für andere dient, schwerlich gleichzeitig als Lieferant von materiellen Rohstoffen dienen kann; denn um diese zu bekommen, braucht es jene Rohstoffe, die die englische Industrie nach dem Durchbruch der industriellen Revolution brauchen konnte, erwartete man sich nun eher in Afrika als in der weitgehend monokulturell auf Zucker festgelegten Karibik. Man fand sie auch relativ bald, vor allem in Palmöl, das sowohl zur Herstellung von Schmierstoffen für die neuen Maschinen als auch von Seife als auch von Margarine zur billigeren Ernährung der Arbeiter gebraucht werden konnte und binnen kurzem die Sklaven als westafrikanisches Exportprodukt Nummer Eins ersetzte. Der direkten physischen Gewalt bedurfte es für diese Umstellung kaum mehr, denn der massenhafte Kauf und Verkauf von Waren über die europäischen Handelshäuser an der Küste war nun schon lange etabliert. Europäische Produkte wie Messing-, Zinn- und Eisenwaren, Baumwolltuche britischer Manufaktur, Brandy und vieles andere mehr waren zumindest in den küstennahen Gebieten ein fester Bestandteil der Ökonomie geworden. Um sie und mit ihnen zu handeln, hatten die Afrikaner der Küstengebiete längst gelernt; um sie zu bekommen, stellten viele westafrikanische Kleinbauern (aber auch Herrscherhöfe) ihre Produktion freiwillig auf Palmöl um.

Dass von diesem Handel die europäischen Handelshäuser als Quasi-Monopsonisten im Durchschnitt mehr profitierten als die meist unendlich zersplitterten Anbieter, ist trotzdem kaum von der Hand zu weisen. Extragewinne konnten diese Handelshäuser aber auch über den Verkauf von in Europa industriell produzierten Metallwaren und Textilien erzielen, deren Konkurrenz die einheimischen Produzenten einfach nicht gewachsen waren – man konnte viel billiger verkaufen als diese und trotzdem noch viel teurer als zu Hause. Dies waren die ökonomischen Grundlagen des „Informal Empire“, das insbesondere Britanniens Kapitalisten auch ohne formelle Kolonialherrschaft erkleckliche Extraprofite sicherte.

Dies hielt an, solange die ökonomische Vormachtstellung Großbritanniens unangefochten war. Die aber ging nach 1860 infolge der wachsenden Stärke insbesondere des deutschen und US-amerikanischen Kapitals langsam verloren. Als dann in der langanhaltenden Krise von, grob gesprochen, 1875-1895 auch noch die Märkte schrumpften und der weiteren Akkumulation eine kaum überwindbare Schranke setzten, ging das Informal Empire seinem Ende entgegen. Weitere Expansion schien nur noch als geografische, nicht mehr durch Ausdehnung der schon erschlossenen Märkte möglich. Entsprechend versuchten nun die nationalen Kapitalien eines jeden Kernstaates, alle irgend erreichbaren externen Rohstoff-, Waren- oder Kapitalexportmärkte für sich zu monopolisieren, was wiederum nicht anders möglich war als durch staatliche Eroberung, durch die Errichtung formeller Kolonialherrschaft. Die allseits bekannte Konsequenz war der berühmte „Scramble for Africa“, der binnen zehn Jahren zu einer Aufteilung praktisch des gesamten Kontinents unter die europäischen Kolonialmächte führte.

Diese neue Phase gewaltsamer Expansion führte auch zu einer neuen Phase der Gewalt im alltäglichen Produktionsprozess. Angesagt war nunmehr die kapitalistische Erschließung nicht nur der Küstengebiete, sondern auch des Landesinnern – und dort wiederholt sich nun die Situation, die in Küstennähe hundert Jahre vorher bestanden hatte: nur durch Gewalt waren die Menschen dazu zu bringen, den vordringenden Kolonialkapitalisten das zu verkaufen, was diese am nötigsten brauchten, wenn sie die kapitalistische Produktion – mittels Minen oder Plantagen z.B. – aufbauen wollten: ihre Arbeitskraft. *Zwangsarbeit* ist daher mit dieser Form der Expansion notwendig

verbunden und wird in allen afrikanischen Kolonien in gewaltigem Umfang praktiziert. Doch selbst die Produktion von für die eigene Subsistenz nutzlosen Cash Crops für den Weltmarkt war für die Angehörigen jener Gesellschaften selten verlockend – schon gar nicht zu den Preisen, die man dafür zu zahlen bereit war. Auch sie konnte vielerorts nur durch direkte physische Zwangsmaßnahmen garantiert werden – der *Zwangsanbau* ist der Zwillingbruder der Zwangsarbeit.

Anders in der Phase der Dekolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg, die schließlich in unser letztes Stadium einmünden sollte. Die direkte physische Gewaltanwendung konnte nun abermals in den Hintergrund treten. Man konnte sich erneut darauf verlassen, dass der „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“ im Regelfall ausreichen würde, um die Menschen aus der Peripherie zur Produktion für den Weltmarkt zu nötigen. Nach Jahrzehnten der Wanderarbeit und der Cash Crop Produktion waren nun auch die Gesellschaften des hintersten afrikanischen Hinterlandes vom Geld und von den Gütern des Weltmarkts abhängig – ohne beides konnte von der Nahrungsmittelproduktion bis hin zur sozialen Reproduktion überhaupt nichts mehr funktionieren. Die Palette reicht von Streichhölzern, Seife und Kerosin über Plastikeimer, T-Shirts, Fahrräder und Transistorradios bis hin zu Wellblech und Zement. Die ökonomische Notwendigkeit, Geld und Waren zu besorgen, war jetzt Anreiz genug, um die Bevölkerung zum Verkauf ihrer Arbeitskraft wie zum Anbau von Cash Crops zu bringen. Die kolonialen Zwangsmaßnahmen wie auch die formelle Kolonialherrschaft wurden damit zunehmend anachronistisch und konnten aufgegeben werden – wengleich man dazu kaum irgendwo ohne massiven Druck von Seiten der Kolonialunterworfenen bereit war.

All dies war allen afrikanischen Kolonien gemeinsam. Die Unterschiede zwischen ihnen dürfen darüber jedoch nicht vergessen werden. Solche Unterschiede gab es zunächst zwischen den einzelnen Kolonialmächten, vor allem den zwischen der britischen Doktrin der „indirect rule“ und der französischen der „assimilation“. Das Konzept der „*indirect rule*“ wurde begründet vor allem durch Lord Lugard, den Eroberer von Sokoto und späteren Generalgouverneur von Nigeria. Entstanden ist es in erster Linie als lokale Anpassung an die nordnigerianischen Verhältnisse. Den umfangreichen Verwaltungsapparat der Emire in dem riesigen Kalifat durch einen eigenen zu ersetzen, erschien schlechterdings unmöglich. Deshalb ließen sie ihn samt Emiren und Sultan im Amt und setzten sich selbst nur noch als Spitze oben drüber. Herrschaft *mittels* der traditionellen Autoritäten auszuüben, war das zentrale Prinzip der indirect rule. In Nordnigeria funktionierte dies zum beiderseitigen Nutzen der Emire wie der Kolonialherren. Anderwärts funktionierte es mal besser mal schlechter. Die katastrophalsten Folgen hatte das System in der Regel in den (zahlreichen) Gesellschaften, in denen es traditioneller Weise gar keine zentralen Herrschaftsinstanzen gab. Hier wählten die Briten einfach irgendwen aus der Bevölkerung aus und ernannten ihn zum „warrant chief“, mal einen besonders Reichen, mal einen Priester oder ein Medium, mal einen Dolmetscher. Da ein System der Kontrolle der Herrscher hier nirgendwo entwickelt war, konnten sie, wo sie diktatorische oder Bereicherungs-Gelüste entwickelten, kaum in Schach gehalten werden.

Das große Schlagwort der französischen Kolonialpolitik war die „*assimilation*“. Die französische Nation definierte sich in der Theorie durch französische Kultur und französische Sprache. Kolonialpolitik bedeutete in dieser Theorie Ausdehnung des Staatsgebiets der Nation. Wer in diesem Gebiet wohnte und Teil an der französischen Kultur und Sprache hatte, war Mitglied der Nation. Der gängige Spruch „aus Negern Franzosen machen“ fasst das Prinzip der „*assimilation*“ am besten zusammen. Eine diesem Prinzip nahekommende Praxis wurde allerdings nur im Senegal der „*quatre communes*“ – Dakar, Gorée, Rufisque, St. Louis – verwirklicht. Hier hatte man bis 1926 rund 50 000 Afrikanern aufgrund ihrer französischen Bildung und ihrer Beherrschung der französischen Sprache französische Staatsbürgerrechte gewährt – aber die Gesamtbevölkerung von

Französisch Westafrika lag bei 14 Millionen, dem Zweihundertachtzigfachen. Und auch der Rest musste verwaltet werden – nach der Theorie genau wie im Mutterland mittels durch Ausbildung qualifizierter Beamter. Hierfür standen um die gleiche Zeit ganze 118 französische „commandants de cercle“ zur Verfügung, und denen blieb nichts anderes übrig, als ihre Herrschaft mittels der einheimischen Autoritäten auszuüben – in der Praxis im kolonialpolitischen Hinterland also kaum anders als die Briten.

Unabhängig von der deklarierten Politik der Kolonialmächte konstatiert Basil Davidson (1978) für alle afrikanischen Kolonien, sobald sie einmal etabliert waren, eine grobe Aufteilung in zwei komplementäre Zonen: eine Zone der Mineralien- und Cash-Crop-Produktion für den Export, in die alles an europäischen Investitionen floss, was überhaupt getätigt wurde, und eine viel größere zweite Zone, die so gut wie gar nichts für den Export produzierte und in die auch nicht investiert wurde, die aber für das Funktionieren des Systems dennoch unentbehrlich war, weil sie die Exportzonen mit billiger Arbeitskraft versorgte. Die Unterscheidung erscheint mir notwendig, aber nicht erschöpfend; eingefügt werden müsste eine dritte Kategorie: die Zone, in der die Produktion von agrarischen Cash Crops zwar möglich und geboten erschien, aufgrund der klimatischen, medizinischen und politisch-sozialen Bedingungen aber nicht von Europäern betrieben werden konnte; dies war der bevorzugte Ort des Zwangsbaus.

Ein besonders erhellendes Beispiel für die Methoden des Zwangsbaus liefert Peter Geschiere (1985) aus dem Gebiet der Maka in Südwestkamerun, denen die französischen Kolonialbeamten 1938 eine vollständige Neuorganisation des dörflichen Lebens verordneten: *„Die Dorfbewohner wurden einem strikten Zeitplan unterworfen. Zwischen sieben Uhr morgens und vier Uhr mittags durfte niemand im Dorf sein, jeder musste zur Arbeit draußen sein. Tanzen, Trinken und Jagen waren erst nach vier Uhr erlaubt. Die Frauen wie die Männer wurden in équipes aufgeteilt, von denen jede ihren eigenen Anführer und ihre eigene Aufgabe [z.B. Anbau von Erdnüssen, von Kakao, von Kaffee, von Palmnüssen, Gummizapfen, Wegebau etc.] hatte. Die Dorfbewohner wurden gewarnt, es gebe regelmäßige Überprüfungen, um sicherzustellen, dass jeder zufriedenstellend arbeitete“* (ebd. 95). Geschiere weist zurecht auf das Erstaunliche des Vorgangs hin, dass sich ein liberaler europäischer Staat in einem solchen Maß in den „privaten“ Produktionsprozess einmischte; im zeitgenössischen Frankreich wäre dies undenkbar gewesen. Allzu erfolgreich allerdings waren diese Methoden nicht. Sobald der anordnende französische Kommandant außer Reichweite war, kehrten die Maka zu ihrer gewohnten Arbeitsweise zurück, und erst wenn das Motorengeräusch des Regierungsjeeps wieder zu hören war, machten sie sich erneut an die vorgeschriebenen Aufgaben. Das wirtschaftliche Ergebnis der Zwangsarbeit blieb entsprechend kläglich.

Das Hauptproblem der Kolonialadministrationen war aber doch nicht die einheimische Cash Crop Produktion, sondern die Beschaffung von Arbeitskraft. Denn was immer die Weißen in Afrika tun wollten, sie wollten es keinesfalls mittels eigener körperlicher Arbeit tun, sondern ausschließlich mittels afrikanischer. Auch dieses Problem konnte anfangs nicht anders als durch (staatliche) Gewalt, d.h. mittels Zwangsarbeit gelöst werden. Eingesetzt wurden Zwangsarbeiter sowohl bei staatlichen Infrastrukturarbeiten als auch in europäischen Privatunternehmen – als Träger für die Transportkarawanen der Handelsfirmen beispielsweise, aber auch als Arbeitskräfte auf Plantagen oder in Verarbeitungsbetrieben. Bei der Rekrutierung wandte man sich dabei in aller Regel zuerst an die Chiefs und forderte von ihnen die Gestellung von so und so viel Mann für so und so viel Tage. Wenn sie sich weigerten, waren Arrest, Prügelstrafen, gewaltsame Konfiskation von Vieh, aber auch Kanonensalven auf ganze Dörfer probate Mittel. Bald erkannten jedoch auch viele Chiefs die neuen Machtchancen, die diese Prozeduren boten, und rekrutierten nur ihre Gegner für die Zwangsarbeit oder ließen sich Freistellungen bezahlen. Die Arbeitsbedingungen waren gefürchtet. Polizisten oder Soldaten waren immer dabei und setzten Gewehrkolben wie Munition rücksichtslos ein; die Träger

der Karawanen waren zusätzlich regelmäßig aneinander gekettet, so dass keiner entfliehen konnte. Mit am grausamsten ging es beim Bau der Congo-Ozean-Bahn in Französisch Äquatorialafrika zu – die offiziellen Statistiken geben für 1927 eine Todesrate von 45,2% an. Die Krone setzte diesen

Praktiken allüberall ihre ideologische Rechtfertigung durch die „zivilisatorische Mission“ der Europäer auf: nur mittels Arbeit konnten die Wilden zu den lichten Höhen der Zivilisation und der Humanität gelangen, und Arbeit war alleine die Arbeit im Dienste der Weißen; was immer die Afrikaner sonst taten, war Müßiggang.

Auf die Dauer war direkte Zwangsarbeit zu aufwendig; sie erforderte zu viel an Beaufsichtigungs- und Gewaltanwendungsaufwand, führte oft auch zur Entvölkerung ganzer Landstriche. Man suchte deshalb zunehmend, die Menschen irgendwie dazu zu bringen, von alleine zu den Weißen zu kommen und für sie zu arbeiten. Soweit sie alles besaßen, was sie zur Produktion ihres Lebensunterhalts brauchten, hatten sie dazu nach wie vor keine Veranlassung. Um sie dennoch dazu zu bewegen, verfiel man allüberall darauf, sie Steuern in Geldform bezahlen zu lassen – und an Geld konnten sie in den Nichtexportzonen nur kommen, wenn sie ihre Arbeitskraft an die kapitalistischen Unternehmen in den Exportzonen verkauften. Da diese Unternehmen oft Hunderte von Kilometern entfernt angesiedelt waren, wurde die *Wanderarbeit* in fast allen Ländern Afrikas zu einem dominierenden Merkmal der Produktionsverhältnisse. In der Bergbauproduktion im südlichen Afrika wurde dieses System in besonderem Maße perfektioniert: Anwerbeagenturen in den Hinterlandregionen vergaben – meist einjährige – Arbeitskontrakte für die Minen, organisierten und bewachten den Transport dorthin; die Mininggesellschaften errichteten umzäunte und bewachte Lager zur Unterbringung der Arbeiter und schoben sie nach Ablauf des Kontrakts wieder ab nach Hause. Das war für die Unternehmer vor allem kostensparend, denn letztlich durch ihre Steuern zu finanzierende Infrastrukturausgaben für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser etc. entfielen.

Ebenso wichtig wie die Beschaffung der Arbeitskräfte war in den Exportzonen, insbesondere in den als weiße Siedlungskolonien ausersehenen Gebieten, die Aneignung des Bodens durch die Kolonisten. Hierzu waren vor allem drei Methoden in Gebrauch. Die erste bestand darin, dass man nicht aktuell genutztes Land generell zu Staats- oder Kronland der Kolonialmacht erklärte und dann von Staats wegen an die Siedler verschenkte, verpachtete oder verkaufte. Dabei übersah man, dass Land, das nicht aktuell genutzt wurde, deshalb noch nicht herrenlos zu sein brauchte: Viehzüchternomaden brauchen Landreserven, weil sie in schlechten Jahren größere Flächen benötigen als in guten; Shifting Cultivators müssen stets ein Vielfaches der bearbeiteten Fläche brach liegen lassen; und so weiter. Eine zweite sehr gebräuchliche Methode der Landaneignung war die des Landkaufs von afrikanischen Chiefs. Dabei waren deren Verfügungsrechte oftmals problematisch – in vielen Fällen war ihnen nach den überkommenen Rechtsvorstellungen endgültiger Verkauf überhaupt nicht möglich; und darüber setzten sich dann oftmals beide Seiten aus Profitinteressen großzügig hinweg. Aber auch betrügerische Verträge spielen eine gewichtige Rolle. Die dritte gängige Methode der Landaneignung schließlich war die im südlichen Afrika in besonderem Umfang praktizierte schlichte Vertreibung der Afrikaner mittels Gesetzgebung, militärischer und polizeilicher Gewalt sowie die Beschränkung ihrer Siedlungsrechte auf eng begrenzte Reservate. Dies hatte vor allem den Vorteil, dass man die physische Trennung von ihnen durchsetzen und dennoch ihre Arbeitskraft in Gestalt der Wanderarbeit nutzen konnte. Im Apartheids- und Homeland-System Südafrikas erfuhr die koloniale Ausbeutung ihre höchste Perfektionierung.

Literatur:

Davidson, Basil (1978): Africa in Modern History. London

Geschiere, Pieter (1985): Imposing Capitalist Dominance through the State. In: W.v. Binsbergen/ P. Geschiere: Old Modes of Production and New States. London

Hauck, Gerhard (2001): Gesellschaft und Staat in Afrika. Frankfurt

Marx, Karl (1969): Das Kapital. Bd. I. MEW 23. Berlin

Wallerstein, Immanuel (1979): The Capitalist World Economy. Cambridge

Nora Schüttpelz

Die Handelspolitik der EU gegenüber Afrika

Von Kolonialbeziehungen zu Entwicklungspolitik

Die Beziehungen zwischen Europa und den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik (AKP-Staaten) waren über Jahrhunderte koloniale Unterdrückungsverhältnisse. Dass zum Zeitpunkt der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den Römischen Verträgen 1957 der Grundstein für die Schaffung des Europäischen Entwicklungsfonds gelegt wurde, hat einen einfachen Hintergrund: Es hatte zum Ziel, technische und finanzielle Mittel zur Bewältigung der Sonderkostensituation bereitzustellen, die sich aus der Tatsache ergab, dass einige Mitgliedstaaten noch Kolonialbeziehungen zu afrikanischen Staaten unterhielten.

Die Jaunde I (1964) und II (1971) Konventionen aus der Zeit der Entkolonialisierung hingegen begründeten die Entwicklungshilfepolitik der in der EG zusammengeschlossenen Staaten. Sie beinhalteten zudem die ersten Bestimmungen über Handelsvorteile, die den zu diesem Zeitpunkt 18 Partnerstaaten eingeräumt wurden.

Mit der ersten Konvention von Lomé wurden nach dem Beitritt des Vereinigten Königreiches zur EG 1975 einige Commonwealth-Staaten in das Kooperationsprogramm der Gemeinschaft aufgenommen. Teil des Abkommens ist ein System nicht-reziproker Handelspräferenzen für Exporte der AKP-Staaten in die EG - das bedeutet, dass die Entwicklungsländer ihre Märkte weitestgehend schützen durften, während die Gemeinschaft ihnen gegenüber Handelshemmnisse zu einem größeren Teil abbaute. Auch das politische Bekenntnis zur gleichberechtigten Partnerschaft, zum Respekt der Souveränität und des Rechts auf die eigenständige Bestimmung eines jeden Staates sowie die Erkenntnis der Interdependenz finden sich darin. Eingeführt wurde das Stabex-System, welches den AKP-Staaten Kompensationshilfen im Falle von Preisstürzen und damit zusammenhängenden Einbußen im Bereich der Rohstoffexporte zugestand. Lomé II ergänzte 1979 letzteres um das Sysmin-System, das analog für den Bergbauprodukteexport galt. Lomé III (1984) veränderte die Prioritätensetzung der Entwicklungsstrategie: Statt vor allem auf Förderung der industriellen Entwicklung sollte verstärkt auf selbständige Entwicklung, Selbstversorgung und Ernährungssicherheit gesetzt werden.

Die 1990er Jahre: Welcher Weg für die neue Weltordnung?

Das Jahr 1989 markierte das Ende des Kalten Krieges, was heute aus der Rückbetrachtung oft als "Sieg des kapitalistischen Wirtschaftssystems" wahrgenommen wird. Damals jedoch sahen viele Menschen weltweit die Chance auf eine neue, kooperative Weltordnung. Die folgende Dekade war im Ergebnis eines Auseinandersetzungsprozesses zwischen Aufbruchstimmung und Machterhalt durch ein Auseinanderdriften der Strategie- und Zielsetzung besonders zwischen der Entwicklungszusammenarbeit und der Handelspolitik gekennzeichnet.

In den 1990er Jahren fanden die großen UN-Weltkonferenzen zu globalen Problemfeldern wie Umwelt und Entwicklung, Menschenrechte, soziale Entwicklung und Geschlechtergleichheit statt. Sie waren inspiriert von der Hoffnung, dass die Lösung globaler Fragen künftig kooperativ und solidarisch zum Wohle der Allgemeinheit bei starker Einbeziehung der Zivilgesellschaften möglich sein würde. Im Rahmen der Lomé IV Konvention (1989) rückten seitdem auch in der Entwicklungskooperation EU-Afrika entsprechende Zielsetzungen ins Zentrum der Aufmerksamkeit: die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und 'Guter Regierungsführung'; die Stärkung der Frauenrechte; der Schutz der Umwelt und insbesondere der Wälder; Dezentralisierung von Kooperation; Diversifizierung der Volkswirtschaften im AKP-Raum;

Stärkung der regionalen Kooperation.

In denselben Zeitraum fällt jedoch auch der Abschluss der Uruguay-Welthandelsrunde: Mit dem Marrakesch-Abkommen von 1994 wurde die Welthandelsorganisation als Dach für GATT (das allgemeine Handels- und Zollabkommen), GATS (das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) und TRIPS (das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum) gegründet. Seit dieser Verhandlungsrunde strebten die Industrieländer danach, die Liberalisierung des Warenhandels auf den Handel mit Dienstleistungen und den Schutz geistigen Eigentums zu erweitern. Die Gestaltungsprinzipien des unbeschränkten internationalen Handelsverkehrs sollten nicht nur für den Handel mit Waren angewandt werden, sondern auch in so sensiblen Feldern wie Landwirtschaft, Dienstleistungen, Investitionspolitik und dem öffentlichen Beschaffungswesen. Die Idee einer Welthandelsorganisation ist eigentlich die gemeinsame Regulierung des internationalen Handels. Praktisch jedoch setzte sich in und mit der WTO eine Politik mit dem Ziel des internationalen Freihandels auch zwischen völlig wirtschaftlich völlig unterschiedlich entwickelten Ländern zunehmend durch.

Die Prinzipien der Internationalen Finanzinstitutionen IWF und der Weltbank in ihren Strukturanpassungsprogrammen hatten noch weitestgehend auf eine Stabilisierung und Konsolidierung der Staatshaushalte als Bedingung für die Vergabe von Krediten oder Schuldenerlass gesetzt. Solche Programme wurden seit Ende der 1970er Jahre im Zusammenhang mit der Schuldenkrise der Entwicklungsländer in Afrika nahezu flächendeckend eingeführt. Sie weisen in der Regel die Anforderungen Haushaltsdisziplin, Subventionsabbau, Deregulierung, kompetitive Wechselkurse, Abbau von Devisenverkehrsbeschränkungen, Öffnung der Märkte sowie die Privatisierung von Staatsbetrieben auf. Mit dem Washington Consensus (1990) und dem Politikstil innerhalb der WTO entwickelte sich jedoch eine Wettbewerbsideologie, die *alle* gesellschaftlichen und politischen Bereiche durchdringen will. Während sich wenigstens in der entwicklungspolitischen Grundausrichtung der EU fortschrittliche Ansätze der Weltkonferenzen weiterentwickelten, hat sich in ihrer Handelspolitik die Wettbewerbsideologie weitestgehend durchgesetzt.

Die Strukturanpassungsprogramme sind angesichts ernüchternder Ergebnisse gerade in Afrika - sinkendes Pro-Kopf-Einkommen, Einkommensverluste, Zurückbleiben der Agrarproduktion hinter dem Bevölkerungswachstum, sinkender Anteil am Welthandel, weiterer Anstieg der Staatsverschuldung, Konzentration auf Rohstoffexport statt Diversifizierung und Selbstversorgung, Anstieg der Nahrungsmittelpreise und der Importabhängigkeiten - durchaus beizeiten angezweifelt worden. Eine Studie im Auftrag des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 1992 stellt fest: Die Strukturanpassung habe eher bescheidene Auswirkungen auf das Wachstum in den Staaten Subsahara-Afrikas, dafür enorme soziale Kosten zur Folge gehabt. Zurückzuführen sei dies unter anderem auf widersprüchliche Zielsetzungen und die die zugrundeliegenden makroökonomischen Modelle schlossen oft die Einbeziehung der wirtschaftlichen und sozialen Besonderheiten der afrikanischen Länder aus¹. Der Kritik stimmt Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz in seinem Buch "Die Chancen der Globalisierung" auch heute noch zu: Die Annahmen der Wirtschaftstheorie, auf denen der Konsens von Washington aufbaut - unter anderem das Vorhandensein vollständigen Wettbewerbs und vollständiger Informationen - seien insbesondere für die Entwicklungsländer weit von der Wirklichkeit entfernt und daher kaum relevant. Zwar wiesen die Staaten Subsahara-Afrikas seit Mitte der 1990er Jahre teilweise beachtliche Wachstumsraten von bis zu 8,9% in 2007 auf. Jedoch galt dies vor allem für Öl-exportierende Länder, hielt weder mit dem Bevölkerungswachstum Schritt, noch hat dieser Indikator Aussagekraft über die Wohlstandsverteilung

¹ Europäisches Parlament (Hg.): Strukturanpassung in den AKP-Staaten und die Rolle der Gemeinschaft. Bilanz und Perspektiven. Reihe Außenwirtschaftsbeziehungen, Nr. W 1, 1992.

in den Bevölkerungen².

Millenniumsziele versus Globalisierungszwänge?

Das jüngste Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten, das im Jahr 2000 in Cotonou für einen Zeitraum von 20 Jahren abgeschlossen wurde, ist das bislang umfassendste. Gestützt auf die drei Säulen Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschafts- und Handelskooperation sowie ein Kapitel zur politischen Dimension, geht es über wirtschaftliche Fragen hinaus und enthält klare entwicklungspolitische Komponenten. Aufgewertet wurde auch die Paritätische Parlamentarische Versammlung AKP-EU. Gebildet aus einer gleichgroßen Anzahl von Europaabgeordneten und Abgeordneten aus den nationalen Parlamenten der AKP-Staaten werden in vier Sitzungswochen im Jahr gemeinsam zentrale Themen der Sozial-, Wirtschafts- und Umweltpolitik sowie allgemeine politische Fragen erörtert. In dem Dokument wird immer wieder auf die Millennium-Entwicklungsziele³ verwiesen, auf das Prinzip der Partnerschaft, der Partizipation, die Rolle des Dialogs, der Differenzierung und der regionalen Integration. Ähnlich klingt es in vielen weiteren Strategien und Stellungnahmen der EU-Institutionen, allen voran der gemeinsame "Europäische Konsens für Entwicklung" des Rates, des Europaparlaments und der Kommission von 2005⁴. Es muss darüber hinaus anerkannt werden, dass die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten mit einem Anteil von 55% an öffentlicher Entwicklungshilfe mittlerweile der weltweit größte Geber ist⁵. All dies ist nicht zuletzt dem Engagement vieler Linker zu danken – in Parlamenten wie in zivilgesellschaftlichen Strukturen in Europa wie in Afrika selbst.

Das Abkommen von Cotonou enthält in Artikel 37 auch einen Passus, der vorsieht, neue, dem WTO-Grundsatz der Nichtdiskriminierung entsprechende Handelsabkommen abzuschließen. Die WTO hatte beiden Seiten dafür eine Frist bis Ende 2007 gesetzt. Hintergrund ist die berechtigte Klage anderer Entwicklungsländer ähnlichen Entwicklungsstands, dass sie sich gegenüber den AKP-Staaten aufgrund deren bevorzugter Behandlung durch die EU in Handelsfragen übervorteilt sehen. Aus dieser Situation leiteten sich die Verhandlungen über die so genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen ab. Sie sind keine Neuverhandlungen über das Gesamtabkommen, sondern beziehen sich im Wesentlichen auf die handelspolitische Säule. Dies ist auch die Begründung dafür, dass nicht die entwicklungspolitischen Experten in der Europäischen Kommission das Verhandlungsmandat erhielten, sondern die Generaldirektion Handel. Analog ist auch im Europäischen Parlament nicht der Entwicklungs-, sondern der Handelsausschuss

² Regional economic outlook Sub-Saharan Africa, International Monetary Fund, April 2009: (<http://www.imf.org/external/pubs/ft/reo/2009/AFR/eng/sreo0409.pdf>)

³ 1. Den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut leidet, halbieren 2. Allen Kindern eine Grundschulbildung ermöglichen 3. Die Gleichstellung der Geschlechter und die politische, wirtschaftliche und soziale Beteiligung von Frauen fördern, insbesondere im Bereich der Ausbildung 4. Die Kindersterblichkeit verringern 5. Die Müttergesundheit verbessern 6. HIV/AIDS, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen 7. Den Schutz der Umwelt verbessern 8. Eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen. Diese Oberziele werden in weiteren Unterzielen ausdifferenziert. <http://www.unric.org/html/german/mdg/index.html> und im Cotonou-Abkommen weiter spezifiziert (http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/Cotonou_EN_2006_en.pdf)

⁴ http://europa.eu/legislation_summaries/development/general_development_framework/r12544_de.htm
Weitere Beispiele sind: Erklärung der Kommission "Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung - Beschleunigung des Prozesses zur Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele" (2005) der EU-Strategie für Afrika (2006), der Erklärung des EU-Afrika-Gipfeltreffens von Lissabon (2007) und die darauf folgenden Fortschrittsberichte.

⁵ Wobei bekanntlich die Rücküberweisungen von Migranten in die Industrieländer die offiziellen Entwicklungshilfegelder bei Weitem übersteigen. Aus Platzgründen kann hier nicht auf die Migrations- und Asylpolitik der EU eingegangen werden, die bereits jetzt von Abschottungstendenzen geprägt ist und perspektivisch mit dem "Stockholmer Programm" weitere Hürden setzen könnte.

tonangebend⁶.

Im Juni 2006 hat das Europäische Parlament erstmals in einem umfassenden Bericht seine Vorstellungen darüber dargelegt, was für eine Konzipierung der europäischen Handelspolitik wirksame Beiträge zur Armutsbekämpfung zu leisten vermag⁷. In der Begründung dazu schreibt der dafür verantwortlich zeichnende Europaabgeordnete Helmuth Markov: "Zweifelsohne kann der Handel ein wichtiges Instrument zur Förderung der Entwicklung und Armutsminderung sein. Kein Land kann einen bestimmten Entwicklungsstand erreichen, ohne seinen Handel mit anderen zu öffnen. Wenn jedoch Liberalisierung unter Druck und zu rasch erfolgt und nicht ausreichend reguliert wird, so führte sie zu Deindustrialisierung und Umweltzerstörung, zu wachsender Abhängigkeit und zur Beschleunigung der Verarmung." Das Parlament fordert, die derzeitigen handelspolitischen Maßnahmen der EU in Bezug auf ihre Auswirkungen auf die Umwelt, auf empfindliche Sektoren wie Land- und Forstwirtschaft und Fischerei sowie auf die Armut in den Entwicklungsländern und in der EU umfassend neu zu bewerten.

Im selben Jahr, im Oktober 2006, legte der damalige EU-Handelskommissar Peter Mandelson seine Außenhandelsstrategie vor. Die als Global Europe bekannte Strategie "Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt" betont ohne größere rhetorische Schnörkel worum es wirklich geht: die Erschließung der Weltmärkte für europäische Unternehmen. Ziele sind die weitestmögliche Abschaffung jeglicher Hemmnisse für EU-Exporte, Investitionen und Betriebsniederlassungen in Drittländern, Zugang zu Rohstoffen und Energie, Öffnung der Märkte für öffentliches Auftragswesen, Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte. Statt auf faire Handels- und Entwicklungspartnerschaften und auf multilaterale Übereinkünfte setzt die EU auf einen Mix von multilateralen, bilateralen und regionalen Freihandelsabkommen. Darin sollen oft genau die Liberalisierungspläne vereinbart werden, die innerhalb des WTO-Rahmens am Widerstand der Entwicklungsländer scheitern.

Erklärtermaßen soll diese Strategie als Erweiterung der Lissabon-Binnenmarktagenda der EU um eine "externe Dimension" verstanden werden. De facto bedeutet dies, dass auf der einen Seite Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen innerhalb der EU, die "Flexibilisierung" des Arbeitsrechts, die Einschränkungen der Schutzbestimmungen für die öffentlichen Dienstleistungsmärkte, die 'Vermarktwirtschaftlichung' fast aller Lebensbereiche mit dem Überlebenskampf im globalen Wettbewerb gerechtfertigt werden. Andererseits stehen die genannten Ziele der Außenwirtschaftspolitik genau für die Form der neoliberalen Globalisierung, die solche unsozialen Anpassungsschritte angeblich erforderlich machen.

⁶ In Fragen der gemeinsamen außenwirtschaftlichen Interessen, in Verhandlungen über Handelsbeziehungen zu Drittstaaten sowie in internationalen Organisationen (insbesondere der Welthandelsorganisation WTO) vertritt die Europäische Kommission die EU-Mitgliedstaaten. Vertragsverhandlungen führt sie im Rahmen von Verhandlungsmandaten, die sie vom Rat, das heißt den Regierungsvertretern der EU-Staaten, erhält. Wichtigstes strategisches Ziel der Handelspolitik ist die Liberalisierung, also der schrittweise Abbau von Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr (Art. 131 EGV). Das Europaparlament hat - ebenso wenig wie die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten - keinen direkten Einfluss auf Verhandlungsmandat und den Verlauf der Verhandlungen. Es hat einzig das Recht zur Stellungnahme und zur Zustimmung oder Nichtzustimmung zum Gesamtergebnis. Im Falle des Inkrafttretens des Lissabon-Vertrages würden die Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments immens erweitert. Siehe hierzu den Artikel von Sylvia-Yvonne Kaufmann "Europäisches Parlament und internationale Handelsabkommen in La Gauche 4 "EU-Außenhandelspolitik: Warum sie anders werden muss", September 2007 (http://www.dielinke-europa.eu/fileadmin/PDF/Printmaterialien/lagauche_04.pdf)

⁷Bericht über Handel und Armut: Konzipierung von handelspolitischen Maßnahmen zur Optimierung des Beitrags des Handels zur Armutsminderung (2006/2031 [INI]) (<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P6-TA-2006-0242&language=DE&ring=A6-2006-0179>)

Partnerschaft oder Kuhhandel?

In der Logik dieser strategischen Zielstellungen und Widersprüche fanden und finden auch die Verhandlungen über die genannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen statt. Die EU-Kommission verhandelt dabei mit sechs AKP-Regionen nicht nur über den gegenseitigen Abbau von Zollschränken für Handelsgüter. Sie strebt die umfassende Liberalisierung in allen Wirtschaftsbereichen an, einschließlich des Handels mit Dienstleistungen, des Investitionsschutzes, der Patent- und Wettbewerbsregeln sowie dem öffentlichem Beschaffungswesen. Keine der vier Regionen in Afrika sah sich bisher in der Lage, ein derartiges Handelsabkommen zu unterzeichnen. Sie verfügen weder die politischen und administrativen Strukturen, um solche Verträge erfolgreich verhandeln und nutzen zu können, noch sind deren Wirtschaften in der Lage, mit der europäischen Güter-, Dienstleistungs-, Finanzdienstleistungs- und Landwirtschaftsindustrie, die teilweise hochsubventioniert wird, im offenen Wettbewerb zu konkurrieren. Insbesondere in Afrika sind bei der Zuordnung der einzelnen Länder zu den Regionen, mit denen die EU verhandelt, regionale Integrationsprozesse zu wenig beachtet worden. Einzelne Regionen und Staaten haben dennoch so genannte Interim- oder 'goods only' Abkommen abgeschlossen, die ihnen ermöglichen sollen, ihren bisherigen Güterexport in die EU aufrecht zu erhalten. Darin verpflichten sie sich, ihre Gütermärkte innerhalb von Übergangsfristen zu öffnen. Die EU-Kommission hält sich für sehr generös, wenn sie sagt: Der Richtwert für die Kompatibilität mit WTO-Regeln sollte bei einer 100%igen Liberalisierung des EU-Handels liegen und bei mindestens 80% Liberalisierung des AKP-Handels über einen Zeitraum von 15 Jahren⁸.

Das Prinzip des Freihandels steht jedoch gerade mit Blick auf Afrika allen entwicklungspolitischen Vorhaben entgegen. Es ist, wie es im Weltatlas der Globalisierung formuliert wird: "im Grunde eine Lizenz für die Ausplünderung der afrikanischen Rohstoffe" und eine "Logik der Ausrichtung ganzer Volkswirtschaften und Gesellschaften auf ausländische Nutznießer - früher die Kolonisatoren, heute die Kapitalanleger"⁹. Allein der Abbau von Importzöllen, die einen Großteil der Haushaltseinnahmen in den Entwicklungsländern ausmacht, wird voraussichtlich einschneidende Folgen für die Aufrechterhaltung ihrer sozialen und technischen Infrastruktur haben.

Als echten Markt hat Europa Afrika bislang offenbar nicht erkannt. Wie sonst ließe sich erklären, dass es kaum wirksame Initiativen gibt, die den Aufbau tatsächlich eigenständiger wirtschaftlicher Entwicklung fördern und damit die Kaufkraft der Bevölkerungsmehrheit erhöhen. Die vorhandenen handelspolitischen Instrumente ermöglichen im Wesentlichen die Beibehaltung eines Status als Roh- und Grundstoffexporteure, Hilfenempfänger und "Müllkippe".

Die EU räumt den am wenigsten entwickelten Ländern im Rahmen ihrer Initiative "Alles außer Waffen" für die meisten Produkte zoll- und quotenfreien Zugang zum EG-Binnenmarkt ein. Im Moment des Überschreitens dieser Entwicklungsstufe, fällt diese Vergünstigung jedoch fort.

Auch das "Allgemeine Präferenzsystem" (APS) bietet Entwicklungsländern zwar für einige Produkte Zollvergünstigungen an - aber es gilt nur für die Hauptexportprodukte aus sehr wenig diversifizierte Exportwirtschaften, ist also fast schon als Anreiz zu bewerten, keine vielseitige Produktion aufzubauen.

Das erweiterte Präferenzsystem (APS+) beinhaltet immerhin den Ansatz, darüber hinausgehende Handelserleichterungen an die Einhaltung der wichtigsten internationalen Konventionen über Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz zu koppeln. Auch wenn es eigentlich wünschenswert wäre, dass solche Kriterien *grundsätzlich* als vorrangig vor Handels- und Wirtschaftsinteressen behandelt würden - auch vorrangig vor den WTO-Regeln - ist die Idee

⁸ Interim Economic Partnership Agreements: Questions and Answers – Brussels, 27 March 2008:
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/march/tradoc_138457.pdf

⁹ Weltatlas der Globalisierung, 2006 Le Monde Diplomatique / taz Verlags- und Vertriebs GmbH, Berlin, S. 66.

begrüßenswert. Doch hier wie auch im allgemeinen APS besteht unter anderem das Problem, dass es sich immer nur um eine bilaterale Vereinbarung eines Landes mit der EU handelt: In regionalen grenzüberschreitenden Produktionskreisläufen hergestellte Waren erfüllen oft nicht die Ansprüche der Ursprungslandregeln - ein Problem, das sich auch in der Debatte um die regionalen Grenzziehung in den Verhandlungen über die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen wiederfindet.

So sehr die Freihandelsideologie auf Marktöffnung setzt, so verlogen ist sie hinsichtlich des Schutzes der Märkte der Industriestaaten. Gesundheits-, Pflanzen- und Verbraucherschutzstandards sind zweifelsohne zu begrüßen. Sie sind jedoch oft eine unüberwindliche Hürde für Exportprodukte aus Entwicklungsländern. Die EU wäre in der Lage, ihnen "saubere" Technologien oder beispielsweise ökologischere Pflanzenschutzmittel zur Verfügung zu stellen. Hingegen gibt es immer wieder Fälle, in denen veraltete technische Anlagen oder landwirtschaftliche und industrielle Produktionshilfsmittel, die nach EU-Gesetzgebung nicht angewandt werden dürfen, billig weitergegeben werden. Der Einsatz letzterer kann dann aber die Nichtzulassung von Produkten zum Binnenmarkt zur Folge haben. Billige Importe europäischer Massenprodukte und subventionierter Agrargüter zerstören die regionale Wirtschaft beziehungsweise verhindern deren Aufbau von Anfang an. In den vergangenen Jahren häuften sich auch in der europäischen Presse kritische Berichte zu Fällen des Billigexports von Hähnchenteilen, Tomaten, Milchpulver, Rindfleisch¹⁰ ... Die wenigen Möglichkeiten, die eigenen Märkte dagegen zu schützen, nennt die EU-Handelspolitik dann "Handelshemmnisse", die natürlich abgebaut werden müssen.

Can we change?

Selbst wenn denn die Versprechen der Industriestaaten, ihre Entwicklungshilfeszahlungen zu erhöhen, endlich eingehalten würden - die Zerstörungen, die durch derartige Inkohärenz von Handels-, Entwicklungs-, Außen- und auch der eigenen Binnenmarktpolitik hervorgerufen werden, könnten kaum ausgeglichen werden. Dabei fiel es für die EU wirtschaftlich kaum ins Gewicht, wenn sie einseitig ihren Markt öffnete. Afrika ist am Welthandel nur marginal beteiligt. Der Anteil afrikanischer Exporte in die EU und EU-Exporte dorthin liegt gerade einmal bei je ca. 2,7%. Hingegen ist die EU für die AKP-Staaten der Haupthandelspartner¹¹. Über einer Milliarde hungernde Menschen leben auf unserem Planeten. Bereits heute finden aufgrund der ungerechten Verteilung des vorhandenen Reichtums in der Welt Kriege um fruchtbares Land, Wasser und Naturrohstoffe statt und weitere Konflikte darum sind infolge des Klimawandels wahrscheinlich. Die Ursachen liegen natürlich nicht nur, aber zum übergroßen Teil in der Interessenpolitik der Industriestaaten.

Positive Signale klangen kürzlich von eher unerwarteter Seite: Der G8-Gipfel von L'Aquila im Juli 2009 brachte nicht nur die Zusage zusätzlicher finanzieller Krisen-Hilfen von 20 Mrd. \$ für Landwirtschaft und Nahrungsmittel in den Entwicklungsländern. Ganz gezielt soll laut den Beschlüssen die Nahrungsmittelsouveränität auf lokaler und regionaler Ebene gestärkt werden. Statt vor allem Nahrungsmittel in arme Länder zu liefern und damit die Märkte vor Ort zu zerstören, soll Landwirten geholfen werden, ihre eigene Produktion anzukurbeln. Hinzu kommt, dass Teilnehmer dieses Gipfels neben den traditionellen G8 nicht nur die fünf großen Schwellenländer (Brasilien, China, Indien, Mexiko, Südafrika) sowie einige andere "wichtige" Volkswirtschaften waren, sondern gerade auch Vertreter der in der Afrikanischen Union zusammengeschlossenen Staaten. Die bisher mehrheitlich positiv bewerteten Ergebnisse sind sicher nicht zuletzt dem Engagement des

¹⁰ Siehe z. B. "Tödliche Tomaten und billige Hähnchen" Süddeutsche vom 18.04.2008 (<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/947/439690/text/>)

¹¹ Europäische Kommission, Generaldirektion Handel "Bilateral Trade relations - Africa, Caribbean, Pacific" (http://ec.europa.eu/trade/issues/bilateral/regions/acp/index_en.htm)

neuen US-Präsidenten Barack Obama zu danken. Wird die EU den Moment nutzen, gemeinsam mit den USA die Bereitschaft zu einer kooperativeren Weltordnung auch mit Taten zu beweisen?

Schluss

Die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Afrika sind weder einseitig handels- noch entwicklungspolitischer Natur. Sie müssen im Gesamtkontext der Entwicklungszusammenarbeit, der wirtschaftlichen Beziehungen sowie der globalen geostrategischen Situation, im Zusammenhang mit dem Klimawandel und auch unter Einbeziehung soziokultureller Unterschiede betrachtet werden. Aktuell erleben wir einen eklatanten Mangel an Kohärenz der praktischen Politiken sowohl mit den Zielstellungen der Millenniumserklärung als auch mit den entwicklungspolitischen Zielen der EU selbst. Die EU-Außenhandelspolitik steht im Zeichen einer neoliberalen Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik, wie sie sich auch in der Ausrichtung der EG-Binnenmarktpolitik erkennen lässt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten verfügen jedoch anders als weniger entwickelte Volkswirtschaften über sozialpolitische und demokratische Mechanismen, um die schlimmsten Folgen dieser Marktideologie zu verhindern oder abzumildern. Um den afrikanischen Partnern die Entwicklungsmöglichkeiten von wirtschaftlichen, demokratischen und sozialpolitischen Grundvoraussetzungen für die Integration in den Weltmarkt nicht abzuschneiden, ist ein Umdenken in der strategischen Ausrichtung der EU-Außenpolitiken erforderlich. Der Missbrauch von Entwicklungszusammenarbeit als Fortsetzung von Kolonialbeziehungen, als Außenwirtschaftsförderung für europäische Unternehmen oder als geostrategisches Instrument, muss beendet werden. Notwendig ist eine zusammenhängende Ausgestaltung der europäischen Außen-, Handels-, Entwicklungs-, Wirtschafts- und Klimaschutzpolitiken. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Europäischen Union sind daran zu messen, inwiefern sie die Lösung von globalen sozialen und ökologischen Problemen befördern. Statt Marktöffnung um des Prinzips willen, sollte der Erhalt und Ausbau politischer Gestaltungsspielräume oberste Priorität erhalten.

Pascal Lamy, WTO-Chef und vordem Außenhandelskommissar der EU, betonte in einem Interview mit dem Pressedienst des Europäischen Parlaments, dass Rosen aus Kenia aus Klimaschutz-Erwägungen besser als Rosen sind, die in einem EU-Mitgliedsstaat in Gewächshäusern produziert werden. Das mag, isoliert betrachtet, zunächst stimmen. Kenia und auch das Nachbarland Uganda, haben sich in den vergangenen Jahren zu erfolgreichen Blumenexporteuren entwickelt. Doch der Preis ist hoch: Die Löhne liegen im Durchschnitt gerade einmal bei 50 Cent am Tag. An feste Verträge für die oft ungelerten Arbeitskräfte, Bezahlung für Überstunden oder sozial abgesicherten Mutterschaftsurlaub ist kaum zu denken. Der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden ist im Vergleich zu europäischen Anbau Feldern um ein vielfaches höher - Arbeitsschutzkleidung hingegen ein meist nicht zu leistender Luxus. Zu den Exportschlagern Tee- und Kaffee, die großen Preisschwankungen auf den internationalen Märkten unterliegen, mag ein weiteres Produkt hinzugekommen sein. Von einem Zuwachs an Industrialisierung oder mehr Produktion von Grundnahrungsmitteln oder sonstigen Versorgungsgütern für den eigenen Markt kann aber wohl keine Rede sein. Hinzu kommt der immense Wasserverbrauch, der im Rosenanbau anfällt und sich hochproblematisch auf die Wasserversorgung und den Nahrungsmittelanbau für die eigene Bevölkerung auswirkt.

S. a: Jérôme Cholet: Dunkle Seiten der Rosenbotschaft: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/26-27/europawelt/16261321.html> (25.06.2007)

In Westafrika, beispielsweise in Burkina Faso, sind 80% der arbeitenden Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängig. Dieser Sektor steht für 30% des Bruttoinlandsprodukts, wovon die Viehwirtschaft ein Drittel ausmacht. Für 2,6 Millionen Menschen der Fulani-Gemeinschaft ist Milch die Haupteinnahmequelle. Im Rahmen der Weltwirtschafts- und Nahrungsmittelkrise stiegen bis Oktober 2008 die Kosten für Futtermittel von 60.000 Westafrikanischen Franc (CFA Franc) auf 160.000 CFA Franc, mehr als das Doppelte. Die von den Milchbauern erzielten Preise stiegen jedoch nur von 300 bis 350 CFA Franc auf 350 bis 400 CFA Franc. Die Milchleistung der Tiere ist natürlich nicht in einem so rasantem Tempo und derart zu erhöhen, dass damit die höheren Kosten ausgeglichen werden könnten. In den vergangenen Jahren vergrößerte sich kontinuierlich der Import von Milchpulver aus der EU. Die aufbereitete Milch daraus kostet etwa die Hälfte dessen, was ein Liter vor Ort produzierter, mit heißem Wasser pasteurisierter Milch kostet. Diese Wettbewerbsverzerrung - bekanntlich wird die europäische Milchwirtschaft hoch subventioniert - hat in Afrika und Asien die heimische Milchproduktion um die Hälfte reduziert und unzählige Existenzen zerstört. Zwar haben die westafrikanischen Staaten Strategien zur Unterstützung der Landwirtschaft entwickelt. Es fehlen jedoch die Haushaltsmittel zur deren Implementierung. Von weiterer Liberalisierung des internationalen Agrarhandels und dem Abbau von Schutzzöllen halten diese Länder verständlicherweise denkbar wenig.

Quelle: "Food Crisis: Hearing from African farmers' organisations" Europäisches Parlament, Entwicklungsausschuss: http://www.sosfaim.be/pdf/en/Intervention_FoodCrisis_EP_EN.pdf

„Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zerstückeln die Solidarität, die die AKP-Staaten verbunden hat, unter dem Vorwand der Betonung der regionalen Beziehungen zwischen der EU und den sechs AKP-Regionen. Sie drohen auch, diejenigen Mitglieder zu benachteiligen, die nicht binnen der gegebenen Frist unterzeichnen, was sich als katastrophal für die fragilen Volkswirtschaften erweisen kann.“

Präsident J. A. Kufuor, Ghana, 03.10.2008: <http://news.myjoyonline.com/business/200810/21236.asp> (EN)

„Wie wir alle wissen, beteiligen sich alle SADC-Staaten an den WPA, diese jedoch finden in vier verschiedenen Konfigurationen statt. Nach dem aktuellen Verlauf werden verschiedene Mitglieder von SADC verschiedene Handelsregime mit der EU haben, wir werden der EU gegenüber unterschiedliche Verpflichtungen hinsichtlich einer Menge neuer handelspolitischer Bereiche haben, einschließlich Investitionen, Wettbewerb, öffentliches Beschaffungswesen und Dienstleistungen. Zweifellos werden die WPA tiefgreifende - und sogar einschränkende - Auswirkungen auf den Prozess der Vertiefung der Integration auf der regionalen Ebene haben.“

Präsident T. Mbeki, Südafrika, 17.07.2008: <http://www.thepresidency.gov.za/nclude=president/sp/2008/sp08171517.htm>

„Unsere entwicklungspolitischen Bedürfnisse und Bedenken sind von der Europäischen Union nicht in dem Maße berücksichtigt worden wie es hätte sein sollen. Regierungsvertreter, Parlamentarier und Zivilgesellschaft stimmen zunehmend überein, dass die WPA hinterfragt werden sollten.“

Handelsminister M. A. Diop, Senegal: <http://www.actsa.org/Pictures/UpImages/pdf/20Union%20Briefing.pdf>

„Das offenkundige Mandat der EG ist es, Handelsliberalisierung voranzutreiben während sie sich gleichzeitig weigert, sich mit den Prioritäten der AKP zu befassen [...] insbesondere mit Maßnahmen, die die Förderung von Entwicklung zum Ziel haben [...]. Der plötzliche Verlust von Einnahmen wird voraussichtlich Elend hervorrufen und möglicherweise zu sozialen Verwerfungen führen, da die Belastungen unproportional auf die Armen zukommen werden.“

Vorsitzende des AKP-Ministerialausschusses für Handel und Außenhandelsministerin von Barbados, Dame Billie Miller <http://www.actsa.org/Pictures/UpImages/pdf/EPA%20Trade%20Union%20Briefing.pdf>

Jörg Goldberg

Afrika im Sog der Krise ¹

Industrie- und Schwellenländer stehen im Fokus der Aufmerksamkeit, wenn Auswirkungen der globalen Finanzmarktkrise und mögliche Gegenstrategien analysiert werden. Über Afrika scheint man sich in diesem Zusammenhang kaum Sorgen zu machen – schließlich ist bekannt, dass die meisten afrikanischen Länder nur über rudimentäre Finanzmärkte verfügen. Und doch bedroht die Krise den afrikanischen Kontinent tiefgreifender und nachhaltiger als die übrigen Weltregionen.

Das subsaharische Afrika blickt auf fünf Jahre eines vergleichsweise hohen Wirtschaftswachstums zurück. Die seit Anfang der 2000er Jahre steigenden Preise für Rohstoffe haben in vielen der weltwirtschaftlich von Rohstoffexporten abhängigen Länder zu Wachstumsraten von sechs Prozent und mehr geführt. Erstmals seit den 1970er Jahren ist es wieder über mehrere Jahre hinweg zu einem deutlichen Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen gekommen. Nun scheint es, als sei diese Periode schon wieder vorbei: Dem jüngsten UNCTAD-Wirtschaftsausblick 2009 zufolge hat das afrikanische Wachstum schon 2008 nur noch 5,1 Prozent erreicht und wird sich 2009 weiter auf 4,1 Prozent abschwächen. Nur noch 16 von 51 afrikanischen Ländern wird ein Zuwachs im Pro-Kopf-Einkommen von mehr als drei Prozent zugetraut.

Die Übertragungswege der Krise

Unbestritten ist, dass die Krise im Norden ihren Ausgangspunkt nahm, befördert durch eine Wirtschaftspolitik, die blind auf Selbstregulierungsfähigkeit der Märkte setzte. Die Entwicklungsländer, insbesondere die ärmsten unter ihnen, zahlen nun die Zeche: Diese sind am wenigsten krisenresistent, wirtschaftliche Schwankungen schlagen dort unmittelbar auf die Bevölkerung durch, die auch in guten Jahren in der Nähe des Existenzminimums lebt. Soziale Netze, welche die Auswirkungen abfedern könnten, sind unbekannt.

In diesem Sinne sind die armen Entwicklungsländer stärker betroffen als die Industrieländer und – eingeschränkt – Schwellenländer, obwohl der Übertragungsweg der Finanzmärkte in Afrika kaum eine Rolle spielt. Zwar sind auch an den – mit Ausnahme Südafrikas – schwach entwickelten Finanzmärkten Afrikas Krisenerscheinungen zu registrieren: Die nigerianische Börse brach um 30 Prozent ein, viele Länder mussten Zinsen erhöhen, um Kapitalabflüsse zu stoppen. Da afrikanische Unternehmen aber ohnehin kaum Kredite erhalten, werden sie von Kreditverknappung kaum berührt. Die wichtigsten direkten Übertragungswege der Krise sind:

Der Rückzug internationalen Kapitals und die Verteuerung des Zugangs zu Auslandskapital

Der Rückgang der Überweisungen von Migranten

Der Rückgang der Rohstoffpreise und die vergrößerte Volatilität der Exporteinnahmen.

Auch wenn dies zunächst nur den modernen, weltmarktintegrierten Sektor betrifft, der in Afrika eher ein Inseldasein führt und mit der Gesamtwirtschaft wenig verflochten ist, so sind die Fernwirkungen doch für viele Afrikaner lebensbedrohend. Kapitalabflüsse führen zur Abwertung der Währungen, was Importe verteuert. Obwohl der Anstieg der Nahrungsmittelpreise, der 2008 in vielen Ländern zu Mangelerscheinungen geführt hatte, sich inzwischen umgekehrt hat, kommt das u.a. wegen der Abwertungen bei den Konsumenten nicht an. Der erneute Fall der Preise für metallische Rohstoffe und Mineralöl führt zum Rückgang öffentlicher Einnahmen und bedroht so

¹ Der Beitrag erschien zuerst im Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, W&E 01/Januar 2009 (www.weltwirtschaft-und-entwicklung.org)

dringend notwendige Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur. Fortschritte beim Abbau von Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten sind in Frage gestellt. In diesem Zusammenhang ist die vergrößerte Abhängigkeit von Auslandshilfe, insbesondere von Krediten des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank, problematisch. So stellt die Krise die fragilen Fortschritte der letzten Jahre wieder in Frage.

Der Fall Südafrika

Während die meisten subsaharischen Länder kaum in die internationalen Finanzmärkte integriert sind, gilt dies nicht für Südafrika, das für 40 Prozent des subsaharischen Sozialprodukts steht und das gesamte südliche Afrika beeinflusst. Zwar ist der südafrikanische Bankensektor stark reguliert, was ihn vor dem Crash der globalen Finanzmärkte geschützt hat. Trotzdem sieht sich Südafrika einem Börseneinbruch, der Abwertung des Rand, einem hohen Leistungsbilanzdefizit und steigenden Kreditkosten ausgesetzt. Dies führt zu wachsendem Inflationsdruck, was die Zentralbank dazu veranlasst, die Zinsen hoch zu halten. Das Wirtschaftswachstum, das auch in der Vergangenheit nicht ausreichte, um den auf die Arbeitsmärkte drängenden Jugendlichen auskömmliche Verdienstmöglichkeiten zu sichern, wird voraussichtlich auf nur noch zwei Prozent sinken. Das bedeutet einen Abbau von Arbeitsplätzen. In der Folge ist zu befürchten, dass sich Konflikte mit Migranten weiter zuspitzen. Zugleich belastet deren Rückkehr die Wirtschaft der Nachbarländer.

So bringt die Krise für Südafrika nicht nur neue Probleme mit sich sondern verstärkt die bestehenden: Arbeitslosigkeit, Ungleichverteilung, Gewaltbereitschaft. Ein weiteres Problem ist die Finanzierung des für afrikanische Verhältnisse gut ausgebauten Systems der Sozialen Sicherheit. Fast ein Drittel der Bevölkerung lebt ganz oder teilweise von staatlichen Transfers. Hinzu kommen die Kosten ehrgeiziger Infrastrukturprogramme, u.a. im Zusammenhang der Fußball-WM 2010. Überfällig sind Investitionen im Energiesektor, um Stromabschaltungen zu verhindern. Bisher ist es gelungen, die sozialen Gegensätze durch einen handlungsfähigen öffentlichen Sektor abzufedern. Ob dies auch noch funktioniert wenn die Krise, fallende Exporteinnahmen und steigende Importkosten den Spielraum der öffentlichen Hand begrenzen, ist durchaus ungewiss.

Krise und Überlebensökonomie

Neben diesen ‚harten‘ ökonomischen Faktoren, die mehr oder weniger auch für andere arme Entwicklungsländer zutreffen, muss für Afrika noch ein spezifischer Aspekt einbezogen werden, der mit der Struktur der afrikanischen Ökonomie zusammenhängt. Diese ist bis heute wesentlich informell, d.h. die große Mehrheit der Bevölkerung überlebt nur, weil sie Strategien der Risikominimierung verfolgt, eine spezielle Ökonomie des Überlebens entwickelt hat. Die Funktionsfähigkeit dieser Überlebensstrukturen ist vom modernen Sektor der Bergbau- und Exportwirtschaft und des Staates zwar nicht völlig unabhängig, ist mit diesem aber nur schwach verbunden. Wenn – wie in Sambia – die Kupferpreise und die entsprechenden Exporteinnahmen innerhalb weniger Monate um die Hälfte zurückgehen, geplante Bergbauinvestitionen zurückgestellt, Minenarbeiter arbeitslos werden und die Steuereinnahmen einbrechen, dann gibt es immer noch die traditionelle Subsistenzwirtschaft, die erweiterte Familie und andere personelle Netzwerke, die jenseits von Staat und Markt das Schlimmste verhindern. Allerdings erlahmt die Kraft der Netzwerke unter dem Druck von Krankheiten, der rasch wachsenden Bevölkerung und einer sich erschöpfenden Bodenfruchtbarkeit. Sie sichern immer noch das nackte Überleben, aber eben nicht mehr. Entwicklung, Investitionen, höhere Produktivität, Schaffung von Arbeitsplätzen – alles dies erfordert verlässliche ökonomische Rahmenbedingungen und handlungsfähige öffentliche Verwaltungen. Die Krise aber bestätigt erneut die Erfahrung der afrikanischen Wirtschaftsakteure,

insbesondere der zahlenmäßig überwiegenden Kleinbauern, dass die moderne Ökonomie, die Markt- und Exportwirtschaft, der Staat keine Sicherheit bieten. Wie kann vom afrikanischen Bauer oder Kleinstunternehmer erwartet werden, dass er investiert, Kredit aufnimmt, neue Produkte und Anbaumethoden ausprobiert, wenn seine Absatzpreise innerhalb weniger Monate um das Vielfache schwanken? Wenn er immer wieder befürchten muss, dass die Markteinnahmen nicht ausreichen, um eine Familie zu ernähren, geschweige denn um Kredite zurückzuzahlen? So ist es rational, wenn er es angesichts der mit Marktproduktion verbundenen Risiken vorzieht, bei der Subsistenzwirtschaft zu bleiben und sich auf traditionelle Netzwerke zu verlassen.

Schluss

Neben den anderen Faktoren ist es die Erfahrung der Krisenhaftigkeit der Marktwirtschaft, der Unzuverlässigkeit der modernen Rahmenbedingungen, der Fragilität der staatlichen Institutionen und ihrer Unfähigkeit, das Überleben zu sichern, welche die Zukunftsfähigkeit der afrikanischen Ökonomie über die Periode der akuten Krise hinaus gefährdet. Auch wenn die Krise vorbeigeht, so bleibt die Erfahrung, dass die Integration in die moderne Ökonomie nichts als Unsicherheit produziert.

Erklärung des 11. jährlichen Auswertungs- und Strategietreffens des Africa Trade Network, Accra, Ghana, 25.-28. August 2008

Standhaft sein und gemeinsam gegen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) handeln

Das Africa Trade Network (ATN), das breiteste und am längsten arbeitende Netzwerk von afrikanischen ArbeiterInnen-, Frauen, Entwicklungs-, Umwelt-, Bauern-, Menschenrechts-, religiösen, sozialen und weiteren Organisationen, die sich mit der Rolle und den Auswirkungen des internationalen Handels und Handelsabkommen in Beziehung zu den Bedürfnissen und Forderungen Afrikas auf lokaler, nationaler, regionaler und kontinentaler Ebene befassen, führte sein 11. jährliches Auswertungs- und Strategietreffen vom 25. - 28. August in Accra, Ghana, durch.

Viele Jahre haben wir aktiv mit zivilgesellschaftlichen Kräften gearbeitet, um mit afrikanischen Regierungen und den Regierungen anderer Entwicklungsländer zusammenzuarbeiten, die der Agenda von Handels- und Investitionsliberalisierung der mächtigeren Regierungen widerstehen. Diese Kooperation und Koordination hat zur Fähigkeit der afrikanischen Regierungen und Regierungen anderer Entwicklungsländer beigetragen, aktive Allianzen in der Welthandelsorganisation (WTO) zu schmieden um ihre Entwicklungsbedürfnisse und Forderungen voranzutreiben und die eigennützigen Strategien und Scheinheiligkeiten der USA und der EU aufzudecken und deren aggressive Agenden zu blockieren. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die andauernde Ablehnung dieser Regierungen des gegen die Entwicklung gerichteten Inhaltes und entsprechenden Orientierung der WTO-Doha-Verhandlungsrunde.

Mitglieder des ATN haben sich auch aktiv mit afrikanischen Regierungen und zivilgesellschaftlichen Kräften über die von der EU vorgeschlagen und verfälschend sogenannten „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ (EPAs) mit afrikanischen (und karibischen und pazifischen) Ländern auseinandergesetzt. Wir sehen klar, dass diese EPAs sich nicht grundsätzlich an den Notwendigkeiten einer afrikanischen Entwicklung orientieren, sondern entworfen sind um die geopolitischen Ziele der Global-Europe-Strategie, die von Brüssel im Interesse der europäischen Unternehmen und des Kapitals vorangetrieben werden, weiterzuverfolgen.

Wir sind deshalb entschlossen, die EPAs insgesamt zu stoppen

Jedoch und trotz unseres dauerhaften Engagements mit afrikanischen Regierungen, trotz der Kritik und aktiven Opposition gegen EPAs durch viele afrikanische Regierungen – sowohl öffentlich als auch im privaten Rahmen – ist es der EU gelungen achtzehn Regierungen so unter Druck zu setzen, dass sie Interim-EPAs unterzeichnet und sich zu weiteren Verhandlungen verpflichtet haben. Die meisten dieser Interim-EPAs sind eins-zu-eins Vereinbarungen zwischen der EU und einzelnen afrikanischen Regierungen. Nur fünf Länder verhandeln innerhalb einer der in Afrika etablierten Regionen, nämlich der East African Community. Andere afrikanische Regionen sind im EPA-Verhandlungsprozess gespalten worden und ihr Zusammenhalt und ihre Zukunft sind dadurch gefährdet.

Gleichzeitig hat eine größere Zahl afrikanischer Regierungen keine Interim-EPAs unterzeichnet. Wir loben diese widerständigen Regierungen und fordern sie auf, standfest zu bleiben. Wir verpflichten uns, mit ihnen zusammenzuarbeiten und aktiv die anderen afrikanischen Regierungen auf den folgenden Grundlage einzubeziehen:

1. Die Interim-EPAs waren lediglich Verteidigungsmaßnahmen in der Not, die Ende 2007 unternommen wurden weil die EU damit drohte den Export afrikanischer (und anderer) Länder in den europäischen Markt zu stoppen (wobei viele der am wenigsten entwickelten Länder unter starken Druck gesetzt wurden, beizutreten).
2. Diese Interim-EPAs, die zunächst lediglich als Willensbekundungen und unter extremem Druck eingeleitet wurden, können nicht als rechtlich verbindlich anerkannt werden. Sie können auf der Grundlage diverser rechtlicher Instrumente wie der Wiener Vertragsrechtskonvention in Frage gestellt und vollständig abgeblockt werden.
3. Die Vereinbarungen der Interim-EPAs können nicht als in Stein gemeißelt verstanden werden. Aber selbst das Streichen einiger der umstrittensten Klauseln – vor allem der Meistbegünstigungsklausel und der „Stillstandsklausel“, die die flexible Verwendung von Exportzöllen und andere Maßnahmen zur Unterstützung der einheimischen ProduzentInnen durch afrikanische Regierungen verhindern sollen – werden die ungleichgewichtige Natur der Gegenseitigkeit von Zollreduktionen, die die EU verlangt und die sich grundlegend gegen eine Entwicklung richten, nicht ändern.
4. Die sogenannten „entwicklungsfreundlichen“ Ergänzungen in die Interim-EPAs, die einige afrikanische Regierungen und Nichtregierungsorganisationen in Europa und andere vorschlagen – wie modifizierte Ursprungsregeln und die Streichung technischer Handelshemmnisse durch die EU –, mögen den Handel um graduell erleichtern, aber sie werden auch und vor allem dazu dienen, die starke Orientierung und Abhängigkeit afrikanischer Exporteure vom europäischen Markt sowie die traditionelle „Lieferanten-Rolle“ (von Primärgütern und Rohstoffen) afrikanischer Wirtschaften gegenüber der EU zu festigen.
5. In ähnlicher Weise soll die vorgeschlagene Erhöhung von Hilfsleistungen durch die EU vermeintlich die Fähigkeit Afrikas, den angestrebten besseren Marktzugang in der EU als Lieferant zu nutzen, erhöhen. In der Realität aber erfordert die Entwicklung und Diversifizierung afrikanischer produktiver Kapazitäten eine Vielzahl von Programmen und politischer Maßnahmen, so zum Beispiel die strategische Anwendung von Zöllen und anderen Instrumenten, die bei Anwendung der EPA-Klauseln maßgeblich eingeschränkt sein werden.
6. Ebenso beruhen auch die Ausnahmen einiger „Sensibler Produkte“ und die Vorschläge einiger afrikanischer Regierungen und Nichtregierungsorganisationen für einen „längeren zeitlichen Rahmen“ für die schrittweise Umsetzung der Zollliberalisierungen auf grundlegenden Fehleinschätzungen, denn der sich verändernde Bedarf heutiger und zukünftiger Produkte und Produktionssektoren in ihren Ländern können nicht endgültig im Voraus ermittelt werden. Politische Maßnahmen zu diesen Fragen können nicht im Voraus und als a priori Zusagen in einem internationalen Vertrag festgeschrieben werden.
7. Zu all dem entsteht die dringendste Bedrohung aus dem Willen der EU, und der anscheinenden Bereitschaft dazu durch einige afrikanische Regierungen, die Interim-EPAs zu 'vollständigen und umfassenden' EPA auszuweiten, die dann auch die Forderungen „neuer Generation“ der EU enthalten, den Dienstleistungssektor und die öffentlichen Ausschreibungen (die sogenannte Regierungsbeschaffung) gegenüber Unternehmen der EU zu öffnen, Rechte und Bedingungen für europäische Investoren und Finanzinstitutionen zu fixieren, sowie andere Vereinbarungen aufzunehmen die den Interessen der EU in Afrika

dienen.

Wir fordern von den afrikanischen Regierungen,

- sich in ihren regionalen Gemeinschaften wieder zu vereinigen und die breitere afrikanische Einheit innerhalb und durch die Afrikanische Union zu nutzen, um einen viel stärkeren und bestimmten Widerstand gegen die EU zu erzeugen;
- entschieden im Sinne der eigenen Erklärungen zu handeln, dass keine Vereinbarungen mit der EU Vorrang vor ihrem Engagement ihren eigenen regionalen Zielen der Kooperation und Integration und Programmen gegenüber haben kann oder diesen entgegenstehen darf;
- standhaft Manövern der EU im Rahmen aktueller oder zukünftiger Verhandlungen zu widerstehen, sie in vollständige EPAs hineinzuziehen.

Wir weisen zudem nachdrücklich darauf hin, dass es für afrikanische Regierungen höchst unklug und unangemessen ist, in weitreichende, langfristige, fixierte, hoch fragwürdige und umstrittene Vereinbarungen mit der EU oder jeder der anderen internationalen Mächte einzutreten, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen instabilen und sich verändernden globalen Konjunktur.

Dazu gehören:

- die Verschärfung der internationalen Energie- und Nahrungsmittelkrisis, die Afrika sehr ernsthaft trifft;
- die abnehmende Legitimität des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Welthandelsorganisation
- die Schwächung und Diskreditierung des neoliberalen Paradigmas
- die Verschiebungen in der globalen Machtbilanz und der Kräfteverhältnisse, insbesondere im globalen Süden, mit dem Afrika sich verbünden kann.

Wir verpflichten uns, beim Streben nach gleichberechtigten Beziehungen mit Europa, die unsere Souveränität und autonomen Entwicklungsoptionen schützen, mit afrikanischen Regierungen zusammenzuarbeiten.

Wir versprechen die Zusammenarbeit mit und Unterstützung von Bewegungen und Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern in Afrika, die gegen die selbstsüchtige EPA-Agenda Europas auftreten. Im Interesse unserer Bevölkerung, unserer Länder, Regionen und des ganzen Kontinents stehen wir fest zusammen.

Wir fordern alle Organisationen der Zivilgesellschaft und andere Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern in Europa sowie jenen Teilen der Welt, die auch den Freihandelsabkommen Europas widerstehen, auf, ihre aktive Solidarität mit unserer Kampagne für ein Stop der EPAs zu stärken.

Zweiter Teil: Probleme einzelner Länder

Sofiri Joab-Peterside

Zur politischen Ökonomie des Konflikts im Niger-Delta

Gewalt ist alltäglich und sichtbar im Niger-Delta. Sie erschöpft sich nicht in Entführungsaktionen von Milizen, die oft schon eher zu Banditen geworden sind, nicht in militärischen Aktionen gegen protestierende Dörfer. Sie ist alltäglich durch die Umweltverseuchung aus der Erdölförderung, die riesigen Flammen der Erdgasabfackelung, die hoch umzäunten Kasernen für Militärs und Mitarbeiter der Ölfirmen. Um den aktuellen Gewaltzustand im Niger-Delta zu erklären bedarf es einer materialistischen Analyse der gegensätzlichen Interessen in der Region und deren historischer Entstehung. Historisch sind fünf Phasen der Konflikte und des Widerstandes auszumachen, auf die in diesem Beitrag kurz eingegangen wird.

Vor der Unabhängigkeit

Die Gesellschaften des Niger-Deltas widerstanden dem kolonialen Expansionismus und der Aneignung der Ressourcen des Niger-Deltas durch die Briten Ende des 19. Jahrhunderts. Im Zentrum des Protestes stand das Recht auf Land. Anstatt aber der Region eine regionale Autonomie zu gewähren, schlugen die Briten den Widerstand gewaltsam nieder.

Als Folge erhielt nach der Berliner Konferenz 1884/85 die Royal Niger Company die Kontrolle über die ökonomischen Aktivitäten sowie die politische Macht im Niger-Delta. 1887 wurde das Niger-Delta zum britischen Protektorat.

Die Royal Niger Company monopolisierte den Handel und verlangte für eine Erlaubnis Handel zu betreiben zwischen \$50 und \$160. Diese Regeln wurden von einigen traditionellen Herrschern Nigerias nicht anerkannt. Mit der Begründung, sie verletzen damit die Protektoratsverträge, wurde König Jaja von Opobo 1887 deportiert, König Nana von Itsekiri 1894 und König Ovemramwen 1897.

Gründung, Expansion und Konsolidierung des Southern Nigeria Protectorate zwischen 1900 und 1913 wurden gewaltsam mit Truppen des Protektorats und Polizeikräften forciert. Diese führten Strafexpeditionen durch (faktisch waren sie organisierter Massenmord) und der von ihnen ausgeübte ihr Terror war ein wichtiger Bestandteil der Kolonialherrschaft.

Das Jahrzehnt der „Unschuld“ (1961-71)

In dieser Periode wuchs die Produktion von Rohöl auf eine Million Barrel pro Tag. Die Beziehungen des Staates zur Bevölkerung, in deren Siedlungsgebieten die Erdölförderung stattfand, behielten den kolonialen Charakter von Herrschaft und Unterwerfung. Die Bevölkerung war schlecht informiert und die Aktivitäten der Ölförderung hielten sich zunächst in Grenzen, so dass Forderungen nach ökonomischer Macht, Konzessionsabgaben oder Kontrolle der Ölressourcen nicht gestellt wurden. Auch waren die ökologischen Auswirkungen noch begrenzt, da die Aktivitäten der Ölkonzerne noch einen weit geringen Umfang hatten als heute.

Nichtsdestotrotz gab es Widerstand der Bevölkerung gegen die Staatsmacht und für Menschenrechte, so z.B. die Bonny Riots von 1965, das Ausrufen der Niger Republic 1966 durch Isaac Boro und die Alagabiri Revolte von 1972.

Die goldenen Jahrzehnte (1971-90)

Mit Nigerias Beitritt zur OPEC stiegen auch die Fördermengen innerhalb von vier Jahren von einer Million auf 2,4 Millionen Barrel pro Tag. In dieser Periode des Ölbooms wurden die Erlöse in den Wiederaufbau nach dem Biafra-Krieg investiert. In ganz Nigeria wurden die Öleinnahmen für Infrastrukturprojekte investiert. Zudem eigneten sich die räuberischen politischen Eliten Erdölerlöse an. Den Gegenden, in denen man es gewann, wurden die notwendigsten Infrastruktur verweigert. Staat und Ölkonzerne kümmerten sich wenig um die zunehmenden Klagen über die Auswirkungen der Erdölförderung auf die Umwelt und die Lebensgrundlagen der einheimischen Bevölkerung.

Schon bald nach dem Biafra-Krieg reagierten zum Beispiel die Ogoni im April 1970 auf die Aktivitäten der Shell Petroleum Development Company in ihrer Region. Im April sandten Repräsentanten der sechs Königreiche der Ogoni Petitionen an den Gouverneur des Rivers State, Commander Alfred Diye Spiff. Sie thematisierten illegale Landenteignungen durch Shell ohne Entschädigungszahlungen, Zerstörung von agrarischen Produktionsflächen und Baumbeständen, mit denen die Bevölkerung ein Geldeinkommen erzielt hatte und die Verseuchung der Gewässer und Vernichtung der Fischbestände durch Rohöl. Die Ogoni brachten schon damals vor, dass die Zerstörungen durch die Ölproduktion erst ihre vermeintliche Unterentwicklung erzeugten.

Die Regierung des Rivers State reagierte erst auf die Petition, als es im Juli 1970 einen verheerenden Blow-Out im Bomu Ölfeld gab, der drei Wochen anhielt und großflächig Farmland, Trinkwasser und Gewässerfauna zerstört hat. Die Regierung setzte allerdings lediglich eine Untersuchungskommission ein, deren Bericht unveröffentlicht blieb.

Die Periode der ‚goldenen Jahrzehnte‘ begann mit einer zivilen Regierung, der ein Militärregime folgte, in deren Amtszeit Protest mit staatlichem Terror beantwortet wurde.

Der Widerstand im Niger Delta erfuhr eine Stärkung, als ethnische Assoziationen entstanden, die ein Bewusstsein über das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen und die Notwendigkeit kollektiven Handelns schufen. Am bekanntesten ist die Bewegung für das Überleben der Ogoni (MOSOP), die ihre Forderungen in Form eines Menschenrechtskataloges (Ogoni Bill of Rights) 1990 der Bundesregierung übergab. Vom Ölkonzern Shell wurde die Nachzahlung von etwa 20 Mrd. US-Dollar an Konzessionsabgaben gefordert.

Die Ära der Unterdrückung (1991-1999)

Die Militärdiktatur unter Präsident Abacha prägte diese Periode. Jahrzehntelanges Unrecht und Einschüchterung der Gerichte durch die Militärjunta bedingte einerseits die Verbreitung ethnischer Milizen und andererseits den Ruf nach einer souveränen Nationalkonferenz. Offensichtlich wurde in dieser Periode, wie wichtig ein funktionierendes Rechtssystem für die Verteidigung der Menschenrechte ist. Versuche, durch Menschenrechtsklagen und andere Rechtsmittel ein ziviles Vorgehen der Erdölkonzerne zu erreichen, scheiterten. Wenn ein Gericht mal im Sinne der Ankläger aus der Bevölkerung des Niger-Deltas entschied, dann fehlten ihm die Mittel, die Umsetzung des Gerichtsbeschlusses durchzusetzen. Die Menschen im Niger Delta wurden frustriert und desillusioniert.

Neue Handlungsformen waren gefragt, um die Missachtung der Menschenrechte im Niger-Delta ins Bewusstsein zu bringen. Entstanden ist die aktionsorientierte Strategie, in der mit friedlichen Demonstrationen und Besetzungen von Ölpumpstationen die Ölkonzerne zu angemessenen Entschädigungszahlungen für die Umweltzerstörung, sozialen Hilfen und der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung gezwungen werden sollte. Polizei und Militär griffen in der Regel gewaltsam ein, verbrannten die Dörfer der Protestierenden, töteten und

verletzten, plünderten und vergewaltigten. Betroffen waren die Siedlungen der Umuechem, Ogoni, Yenagoa, Kaiama, Choba und Illaje. Als Ergebnis radikalisierte sich der zunächst sehr milde Widerstand im Niger-Delta und trat in seine heutige militante Phase ein.

Trotz des enormen Beitrages des Niger-Deltas zum wirtschaftlichen Reichtum Nigerias bleibt die Region vernachlässigt und enteignet. Das Ergebnis ist weitverbreitete Armut, das Fehlen von Infrastruktur, hohe Arbeitslosigkeit und hohe Kriminalität. Die multinationalen Ölfirmen handeln – verantwortungslos gegenüber dem sozialen und ökologischen Umfeld ihrer Operationen. Dies wiederum hat die Bevölkerung frustriert und zu vielfältigem Handeln gegen Regierung und Ölkonzerne bewegt, was sich negativ auf die soziale Stabilität und Entwicklung auswirkt.

Die Kultur der Ölindustrie ist die der Profitmaximierung. Jegliche Ausgabe jenseits des Notwendigen widerstrebt ihr. Sie sieht lediglich den Staat als Verhandlungspartner, unabhängig von dessen Legalität, Legitimität oder Moralität und unabhängig von den Bedürfnissen und Forderungen der Bevölkerung vor Ort. Sie argumentieren, dass sie nach Abschluss einer Vereinbarung mit dem Zentralstaat vor Ort freie Hand haben und agieren oft ohne rechtliche Grundlage quasi als Staatsorgan. Der Staat, der sich ja nicht demokratisch vor der lokalen Bevölkerung verantwortet, stützt und flankiert dieses Handeln noch. Es entspricht dem Zusammenfallen ökonomischer und politischer Macht in Händen der Royal Niger Company während der Kolonialzeit.

Neben den geschilderten ökologischen Auswirkungen der Erdölförderung sind eine Vielzahl sozialer Auswirkungen zu beobachten. Das hohe Einkommen der Beschäftigten der Erdölindustrie – selten Menschen aus der Region – hat die Lebenskosten vervielfacht. Armut und die Aussicht nach schnellem Geld im Umfeld der Erdölanlagen motivieren Minderjährige zur Prostitution. Die Gesellschaft ist militarisiert und befindet sich im faktischen Krieg, organisierter Protest wird gewaltsam niedergeschlagen.

Ein Beispiel bietet der Koluama-Clan im südlichen Ijaw Local Government des Bundesstaates Bayelsa, der 39 Jahre mit den zerstörerischen Konsequenzen der Erdölförderung auf einer Off-Shore Plattform durch Texaco leben musste. Ihr 'Nutzen' aus den 39 Jahren: wiederholte Verseuchung des Landes durch ausgelaufenes Öl, Verringerung der Fisch-Ressourcen und ein gefährdetes Öko-System, Armut und Tod. Aus dieser Situation heraus wollten die Menschen den Ölkonzern Texaco in die Pflicht nehmen, die globalen Standards für unternehmerische Verantwortung (corporate social responsibility) einzuhalten.

Deshalb stürmten am 10. März 1998 Jugendliche der Koluama ein Pumpwerk der Texaco und stoppten den Betrieb. Daraufhin versuchten sie den Flugplatz mit Balken und anderem Material zu blockieren um das Landen von Helikoptern zu verhindern. Texaco wurde zum Ziel der Aktion, obwohl dieses Unternehmen in diesem Fall nicht direkt für die Lecks und das ausgelaufene Erdöl verantwortlich war. In Verhandlungen mit dem Unternehmen forderten die Jugendlichen eine Zahlung von 480.000 Naira als Kompensation, sowie vor allem die Modernisierung der Infrastruktur in den Dörfern, deren Versorgung mit elektrischem Strom, Trinkwasser, einen öffentlichen Personenverkehr und Beschäftigung für die lokale Bevölkerung.

Am 20. März 1998 griff der damalige Militärverwalter des Bundesstaates Bayelsa, Marinekapitän Omoniyi Olubolade auf Einladung des Management von Texaco in die Verhandlungen ein. Nach einem Besuch der Pumpstation arrangierte er eine Friedensverhandlung zwischen den besetzenden Jugendlichen und dem Ölunternehmen in Yenagoa. Das vom Unternehmen gestellte Fahrzeug, das die Jugendlichen zum Verhandlungsort bringen sollte, brachte diese jedoch nach Warri, wo sie inhaftiert wurden und ihnen ein Gerichtsverfahren angedroht wurde. Fünf Tage später wurden sie

aufgefordert schriftlich ihr 'gutes Benehmen' für die nächsten 10 Monate zu garantieren.

Ein weiteres Beispiel: Am 28. Mai 1998 räumten Soldaten der Madigho Kaserne, die gegenüber der Chevron Nigeria Limited Operationsbasis in Escravos stationiert sind, Ilaje Jugendliche die sich vier Tage auf der Plattform befunden hatten. Nachdem das Management sich geweigert hatte, deren Forderungen zu verhandeln, rief es die Polizei und die Militärs zur Räumung. Die Forderungen betrafen die Sanierung ökologischer Schäden, Beschäftigung für die lokale Jugend, Bau von Einrichtungen zum Küstenschutz, die Bereitstellung einer sozialen Grundversorgung in Ilaje, Stipendien für die Jugend und die Bezahlung von Fischereirechten an die Senioren. Die Forderungen folgten der Idee der Umweltgerechtigkeit.

Das Ergebnis des Protests der Jugendlichen aus 42 Dörfern in Ilaje war schließlich, dass zwei Protestierende erschossen wurden, 30 weitere wurden schwer verletzt. 11 Jugendliche wurden wegen Piraterie inhaftiert, unter ihnen ihr Sprecher Bola Oyinbo. Die Gefangenen verblieben 26 Tage unter menschenunwürdigen Bedingungen in Zellen der Polizei und des Militärs. Verantwortlich für all diese Aktionen war eine Firma, die sich selbst als der Konzern sieht, der die Belange der lokalen Bevölkerung und der Umwelt am ehesten berücksichtigt, wofür Chevron sogar 1995 den Preis des Bundesstaates Delta für „Exzellenz in lokaler Entwicklung und Dienst an der Bevölkerung“ sowie 1997 einen Preis der Bundesregierung für die Verminderung des Abfackelns von assoziiertem Erdgas das Escravos Gas Projekt erhalten hatte.

Zwischen 1988 und 1997 registrierte Shell allein 180 Eingriffe in ihre Installationen durch Gruppen von Jugendlichen.

Die Ereignisse zeigen, dass die Menschen des Niger Deltas keine andere Wahl haben als ihre aufgehäuften Frustrationen den Ölkonzernen gegenüber durch solche Aktionen an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Unternehmen ihrerseits vertreten die These, es handele sich um politische Aktionen die nichts mit den eigenen Aktivitäten zu tun haben. Mit diversen Slogans versuchen sie, die Anerkennung der Interessen der Gemeinden, in denen sie agieren, zu proklamieren. Der Konflikt zwischen der Bevölkerung und den Ölfördernden Unternehmen ist allerdings trotz all dieser Slogans ungelöst.

Die Ära der Konfrontation und der Ressourcenkontrolle (2000 – 2008)

Seit der Rückkehr zur Zivilregierung 1999 sind im Niger Delta mehrere ethnische und regionale Organisationen entstanden, die von den Ölkonzernen die größere Berücksichtigung ihrer Belange und von der Bundesregierung ein Programm zur Ressourcenkontrolle einfordern. In diesem Kontext entstanden zudem mehrere militante Gruppen, während die nichtmilitanten Gruppen z.T. militante Flügel aufbauten um der Gewalt und Brutalität des Staates etwas entgegenzusetzen und der Forderung nach Ressourcenkontrolle einen starken Hebel zu verleihen. Diese Entwicklung wurde z.T. als Folge von Nigerias Weg aus der Militärdiktatur erklärt. Das Wiederaufflammen der Gewalt in der Region hat wirtschaftliche und humanitäre Tragödien zur Folge. Das Phänomen ethnischer und privater Milizen und die Verfügbarkeit und Verwendung hochentwickelter Waffen haben es den militanten Gruppen ermöglicht, die Infrastruktur der Ölförderung ernsthaft zu beschädigen und somit die Ölproduktion zu unterbrechen. Oft haben diese Unterbrechungen den Ölpreis beeinflusst. Die Beeinträchtigung der Ölversorgung und interne Instabilitäten durch die militanten Aktionen haben zu nationalen und internationalen Sicherheitsbedenken das Niger Delta betreffend beigetragen.

Die wichtigsten Charakteristika des Widerstandes in dieser Periode sind Erpressung durch illegale

Besetzung oder Blockierung von Fördereinrichtungen, Geiselnahme als Strategie um die Aufmerksamkeit auf die Vernachlässigung der Region zu lenken oder um Lösegelder zu erpressen oder die Entführten gegen Gefangene aus den eigenen Reihen auszutauschen, sowie das bewaffnete Herausfordern der Sicherheitsorgane. Die internationale Staatengemeinschaft stuft aufgrund dieser Lage das Niger Delta als eine gefährliche und unsichere Region ein, die von Kriminellen, Geiselnehmern, militanten Jugendlichen, Öldieben und Terroristen bewohnt wird. Dies schafft die Basis für die Militarisierung der Region. Militante Aktionen bedeuten zwar eine neue Dynamik des Konfliktes, die man nicht ignorieren darf, die Krise als Terrorismus wahrzunehmen, ist jedoch ein Irrtum. Von all den komplexen Dynamiken und Folgen aus dem Erstarren militanter Aktionen nimmt die internationale Staatengemeinschaft vor allem die Gefährdung ihrer Versorgung durch Rohöl wahr und hat aus diesem Grunde die Region als terroristische Enklave eingestuft. Diese Darstellung leidet jedoch unter einer unangemessenen Analyse der bei der Gewalt wirkenden Kräfte. Die Dynamik des sich verschärfenden Konfliktes liegt nicht in den gewaltsamen Aktionen als solchen, sondern in den sie bedingenden Faktoren, wie den tief verwurzelten Charakteristika der nigerianischen politischen Ökonomie.

Fundamentale Widersprüche der Widerstandsbewegung sind im Moment Rivalitäten innerhalb der lokalen Bevölkerung um die Besetzung von Positionen traditioneller Herrscher, Konflikte um den Sitz kommunaler Gebietskörperschaften, Rivalitäten in der lokalen Jugend über die Kontrolle lokaler Ressourcen, Grenzdispute und von Politikern organisierte politische Gewalt um Wahlsiege zu sichern und um die Opposition vor den Wahlen zu schwächen.

Die Ansätze der Regierung zur Lösung des sogenannten Niger Delta Problems können in vier Kategorien eingeteilt werden. Rechtliche Maßnahmen, militärische Maßnahmen, selektive lokale Entwicklungsinterventionen und die Schaffung spezieller Ausschüsse. Auf diese unterschiedlichen Aspekte müssen wir hier nicht eingehen. Es lohnt sich jedoch, auf die jüngsten Maßnahmen der Regierung angesichts der Sicherheitsproblematik im Delta kurz einzugehen.

Die militärische Antwort der Bundesregierung gegenüber dem öffentlichen Druck in der Region hat die Form von Gefangennahmen und Verurteilungen von Aktivisten auf der Grundlage falscher Vorwürfe, mit dem Ziel die Opposition ruhigzustellen, angenommen. Die Militärs operieren wie eine Besatzungsarmee, mit dem Ziel die lokale Bevölkerung zu demobilisieren. Die Methode ist Abschreckung durch Demonstration maximaler militärischer Gewalt beim kleinsten Hinweis auf Unsicherheit oder eine militante Aktion. Die Operationen tragen Namen wie 'Sweep' (Wegfegen), 'Fire-for-Fire' (Feuer gegen Feuer) und 'Flush' (Wegspülen) und sind Beispiele für den repressiven Charakter des Militäreinsatzes in der Region.

Seit 2003 wurden spezielle Einsatzkräfte, die 'Joint Task Force' (JTF), im Delta stationiert. Dies war zunächst nur als Interimsmaßnahme gegen die zunehmende Gewalt in Warri und zum Schutz der Ölinstallationen vorgesehen, die JTF hat allerdings die Region bis heute nicht verlassen und es gibt keine Pläne für ein Ende ihres Einsatzes. Die JTF steht unter dem Kommando der Armee, ist aber zudem aus Soldaten der Marine, Luftwaffe, der paramilitärischen mobilen Polizei sowie regulären Polizeikräften zusammengesetzt. Die Verantwortung für die Sicherheit in der Region einschließlich der Reaktion auf Geiselnahmen sind auf die JTF übertragen worden. Ihr werden die ausufernde Verwendung von Gewaltmaßnahmen bei der Unterdrückung von Protesten und gewaltsame Durchsuchungs- und Strafaktionen gegen ganze Dörfer vorgeworfen, wenn der Verdacht besteht, dass dort militante Gruppen untergekommen sind oder diese vom Dorf unterstützt wurden. Die Vorgehensweise der JTF und die Art und Nutzung ihrer Waffen stehen unter massiver Kritik, denn die militärische Macht hat in dramatischer Weise die Gewalt in der Region eskaliert.

Schluss

Das Problem im Niger Delta dreht sich um die Zerstörung der Umwelt und Lebensgrundlagen der Bevölkerung durch die Erdölförderung. Es dreht sich um die Lösung des Paradoxon, dass das Delta das Öl besitzt auf dem der nigerianische Reichtum beruht und gleichzeitig selbst zunehmend verarmt. Über lange Jahre nutzten die Menschen der Region gewaltfreie Methoden, um auf die nicht akzeptable Infrastruktur, fehlende Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche, Arbeitslosigkeit und Marginalisierung aufmerksam zu machen. Die frühesten Protestmaßnahmen waren Petitionen und Delegationen, die den Ölkonzernen und dem Staat ihre Belange vortrugen, ergänzt durch Demonstrationen und Mahnwachen vor Regierungsgebäuden oder Firmmentoren. Die Antwort auf diese gewaltfreien Methoden war Erniedrigung und Feindschaft. Erst als mit friedlichen Mitteln keinerlei Konzessionen zu erreichen waren begann die Jugend mit militanten Aktionen. Die Gewaltspirale wird maßgeblich durch die Militärs und die Regierung in Gang gehalten.

Eine Lösung erfordert das Abschaffen von Gesetzen, die der Bevölkerung Zugang und Nutzen ihrer Ressourcen verweigert, die Entmilitarisierung des Niger-Deltas und vor allem die Auflösung der Joint Task Force, das Sicherstellen, dass die Ölkonzerne in der Region international akzeptierte Umweltstandards einhalten und eine transparente und der Bevölkerung gegenüber sich verantwortende Regierungsführung. Konkret muss der Ogomudia Report des Sonderausschusses zur Sicherheit im Niger Delta umgesetzt werden. Dieser wurde im Februar 2002 dem damaligen Präsidenten Olusegun Obasanjo vorgelegt und verlangt den Wiederaufbau von Dörfern, die durch die militärische Invasion im Niger Delta zerstört wurden.

Claus-Dieter König

Zivilgesellschaft in Afrika findet auf dem Land statt – ein Beispiel aus dem Senegal

Afrika urbanisiert sich und prognostiziert wird, dass schon 2025 die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung in den Städten leben wird. Oft konzentrieren sich auch die politischen Diskurse in den Städten, nicht selten in der an Größe und Wachstumsrate alle anderen Städte übertreffenden Hauptstadt. Nicht selten ist die gedruckte Tagespresse nur hier erhältlich. Noch aber lebt in den meisten afrikanischen Staaten die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land. Oft handelt es sich um Subsistenzbäuerinnen und –bauern, deren Produktion kaum für den Eigenbedarf ausreicht und denen jegliche formale Schulbildung fehlt.

Schnell wird auch der Begriff der Zivilgesellschaft in Afrika verengt auf die von städtischen Eliten dominierten Nichtregierungsorganisationen, die international vernetzt sind und einen Großteil ihrer finanziellen Mittel von außen erhalten. Das liegt zum einen durchaus am geringen Grad organisatorischer Vernetzung im ländlichen Afrika, insbesondere wenn es um Vertretung ökonomischer und politischer Interessen der Landbevölkerung geht. Zum anderen liegt es aber vielmehr daran, dass traditionell afrikanische Organisationsformen nicht als Zivilgesellschaft anerkannt werden. Das ist ein analytischer Fehler, zumindest wenn man den Begriff Zivilgesellschaft in der theoretischen Tradition Antonio Gramscis verwendet. Denn gerade traditionelle Organisationsformen sind im ländlichen Kontext jenes organisatorische Bollwerk, das die Hegemonie der Herrschenden über den Staatsapparat hinaus bis in den ländlichen Raum hinein trägt. Die gesellschaftlichen Kämpfe um Hegemonie finden in erster Linie in und um die Organisationen der Zivilgesellschaft statt, so Gramsci. Also verteidigen die Herrschenden ihre Hegemonie in deren Rahmen ebenso wie Projekte gesellschaftlicher Veränderung ohne breitere zivilgesellschaftliche Verankerung keinen Erfolg haben können.

Auf dem Land müssen sich die Menschen die zivilgesellschaftlichen – oft eben traditionellen – Organisationen jedoch erst im Sinne einer Vertretung ihrer Interessen aneignen. Das wird diese Organisationsformen durchaus grundlegend verändern. An einem Beispiel aus dem ländlichen Senegal soll hier verdeutlicht werden, dass es dabei nicht selten zunächst darum geht, dass Menschen ein Selbstbewusstsein zur Vertretung ihrer eigenen Interessen entwickeln. Im Beispiel ist aus lokaler Initiative heraus eine NRO entstanden, die Organisation de Formation d'Appui au Développement (OFAD/Nafooré), die durchaus mit Erfolg auch internationale Gelder für ihre Arbeit mobilisieren konnte. Sie verfolgt inzwischen neben Zielsetzungen der beruflichen Aus- und Fortbildung von Jugendlichen sowie aus dem Gesundheitssektor nun auch das Ziel, zivilgesellschaftliche Akteure, insbesondere junge Frauen und Männer, in der Region Kolda in Bezug auf die Verbesserung ihrer Bildung, ihrer Rechtskenntnis, die bewusste Übernahme von Verantwortung und damit ihrer Beteiligungsfähigkeit im politischen und Entwicklungsprozess zu stärken.

OFAD besteht seit Mitte der neunziger Jahre und ist in der Region Kolda im südlichen Senegal (Casamance) aktiv. Die Region ist im Vergleich zum Landesdurchschnitt sehr arm. Von Dakar ist sie fast eine Tagesreise mit dem Auto entfernt, die einen entweder durch den Staat Gambia führt oder außenrum an ihm vorbei. Nicht an der die Region durchziehende Fernstraße liegende Dörfer sind nur mit dem Fuß, dem Moped oder einem Geländewagen erreichbar, in der Regenzeit oft fast gar nicht.

Die Menschen, mit denen OFAD arbeitet, sind ausschließlich Kleinbäuerinnen und ggf. auch Kleinhändlerinnen, zumeist Analphabetinnen. In ihren Dörfern wurden sie von der Dorfgemeinschaft (Communauté) als Teilnehmerinnen ausgewählt wurden, und dennoch sind es

fast 300 Teilnehmerinnen, die meist an mehreren Schulungsmodulen teilgenommen haben.

Die Schulungen bauen aufeinander auf. Alle Teilnehmerinnen nehmen im Idealfall an allen Schulungsmodulen teil. Die Teilnehmerinnen sollen Multiplikatorinnen in ihren Dörfern sein. So erarbeiten sie in jedem Schulungsmodul einen Aktionsplan, den sie dann versuchen, in ihren Dörfern umzusetzen. Also berufen sie in ihren Dörfern Versammlungen ein, in denen meist drei Teilnehmerinnen mit Unterstützung einer Teamerin die Schulungsinhalte weiter vermitteln.

Inhaltlich geht es um Kommunikation, die Menschenrechte und Rechte der Kinder, Management und Budgetkontrolle, Dezentralisierung im Senegal, Gesundheitserziehung sowie die soziale und politische Mobilisierung durch die Methode des Plädoyer. Plädoyer, das heißt sich seiner Interessen bewusst werden, diese in der Gruppe zu formulieren und zu bündeln und dann Strategien zu deren Durchsetzung entwickeln.

Die mobilisierende und sensibilisierende Arbeit der Multiplikatorinnen in den Dörfern wird durch die Teamerinnen des Projektes vor Ort unterstützt. Dadurch wenden die Multiplikatorinnen das erlernte Wissen direkt in ihren Dörfern an, und erst durch Anwendung lernt man, insbesondere die Analphabetinnen, die ohne schriftliche Notizen die Seminarinhalte behalten müssen. Zudem wird durch die betreute Arbeit der Multiplikatorinnen vor Ort gewährleistet, dass sie die Seminarinhalte praktisch anwenden und ihre erlernten Fähigkeiten an die Dorfbevölkerung weitergeben. Mit Erfolg werden häufig Rollenspiele oder Sketche genutzt.

Verändert hat das Projekt einiges in den Dörfern. Das Selbstbewusstsein der Frauen ist gestärkt und sie gestalten nun aktiv das Zusammenleben in der Familie und der Dorfgemeinschaft mit. Das stärkt den sozialen Zusammenhalt in und zwischen den Dörfern.

Die Entscheidungen in den Dörfern wurden traditionell von den alten Männern gefällt. Auch wenn formell die Entscheidungen auf Dorfversammlungen getroffen werden, so bestehen in diesen Versammlungen oft starke Hierarchien, die sich an traditioneller Achtung vor dem Alter orientieren, zudem daran, dass Männer das Sagen haben.

In den Dörfern, in denen OFAD aktiv ist, nehmen die jungen Menschen und insbesondere Frauen nun eher ihr Recht auf Mitsprache wahr. Dazu nutzen sie Basisgruppen in den Dörfern, die entweder bereits als Frauengruppe (GPF) oder Sport- und Kulturvereinigung (ASC) bestanden oder die im Rahmen des Projektes neu gegründet wurden. Inzwischen nehmen auch schon Mitglieder des Landgemeinderats am Seminarprogramm teil, weil sie merken, dass dies die Zusammenarbeit im Landgemeinderat sowie ihre Kommunikation mit der Bevölkerung verbessert. Das ist notwendig, denn insbesondere die Frauen artikulieren ihre Interessen nun offensiv gegenüber dem Landgemeinderat. Bei den Kommunalwahlen 2009 haben aus bisher nicht vertretenen entlegenen Dörfern Frauen für den Landgemeinderat kandidiert und sechs Mandate gewonnen. Damit wird der Landgemeinderat besser in der Bevölkerung verankert. Bei Landfragen in entlegenen Dörfern kann der zuständige Ausschuss des Landgemeinderats jetzt aufgrund umfassenderer Informationen entscheiden.

Aus politischer Sicht beschreiben die Teamerinnen die Wirkung vor allem als ein gesteigertes Selbstbewusstsein der Teilnehmerinnen, das diese praktisch umsetzen. Damit ist eine notwendige Grundlage für politisches Handeln gelegt. Für die Teilnehmerinnen war es zuvor nicht selbstverständlich, sich in die Belange der Familie oder die des Dorfes einzumischen. Ohne das Bewusstsein der eigenen Interessen kann kein politisches Bewusstsein entstehen.

Es handelt sich dabei allerdings um einen Prozess längerer Dauer, der nicht erst durch dieses Bildungsprojekt in Gang gesetzt wurde. Das Projekt konnte allerdings diesen Prozess beschleunigen, weil es in einer Zeit tätig wurde, in der die soziokulturellen Voraussetzungen für eine stärkere Rolle der Frauen und eine offenere Kommunikation in den Dörfern entstanden waren. Die Frauen werden sich ihren größeren Einfluss und ihre aktive Rolle nicht mehr nehmen lassen.

Ihr Verhalten und damit die sozialen Strukturen im Dorf haben sich nachhaltig geändert.

Das politische Bewusstsein bezieht sich allerdings bislang vor allem auf die Durchsetzung der eigenen Beteiligungsrechte im lokalen Rahmen. Politik ist ein Wort, das noch selten benutzt wird und wenn, dann ist meist von „den Politikern“ die Rede. Diese Rede ist dann nicht notwendig abwertend. Insbesondere sehen sich die Teilnehmerinnen mehrheitlich durch ihren Abgeordneten in der Nationalversammlung, der gleichzeitig Präsident des Landgemeinderats ist, gut vertreten.

Von der Politik verlangen sie Unterstützung im Entwicklungsprozess. Dabei ist es für sie fast gleichbedeutend, ob diese Unterstützung durch die Regierung des Senegal oder durch externe NRO erfolgt. Mehrfach wurde mir gegenüber betont, dass der Erfolg einer Landgemeinde und ihrer kommunalpolitischen Führungspersonen davon abhängt, wie gut es ihr gelingt, Entwicklungsprojekte mit internationalen NRO in die Gemeinde zu holen.

Politische Kritik an den kommunalpolitischen Institutionen, mit denen sie zu tun haben, äußern die Teilnehmerinnen nicht. Vieles wird sogar positiv gesehen, wie die Dezentralisierung, weil administrative Vorgänge wie die Ausstellung einer Geburtsurkunde nun vor Ort in Bagadadji erledigt werden können. Bislang war dafür eine Reise in das 20km entfernte Dabo notwendig, und solche Strecken werden zu Fuß zurückgelegt oder kosten mit dem Sammeltaxi viel Geld. Keinen der vielen Kritikpunkte an der Dezentralisierung, die in der Fachliteratur zu lesen sind, nennen die Landfrauen selbst. Insbesondere zu der Tatsache, dass zwar sehr viele Verantwortungsbereiche dezentralisiert wurden, aber den Landgemeinden die finanziellen Mittel fehlen, gab es nur selten eine ansatzweise kritische Äußerung. Das wenige Geld fließt in Schulbildung, Gesundheit und Landwirtschaft, das unterstützen die Landfrauen.

Was wäre im ländlichen Kontext eine linke Kommunalpolitik? Prof. Dr. Maguèye Kassé, Mitglied im Exekutivrat der Parti de l'Indépendance et du Travail, der linkssozialistischen Partei im Senegal, benennt die folgenden Elemente für eine linke Kommunalpolitik im Senegal:

- Budgetkontrolle
- Kontrolle von Landfragen
- Mobilisierung der Bevölkerung zu Themen wie Vorhandensein und Ausstattung (materiell und personell) der Schulen, Krankenhäuser und Gesundheitsstationen.

OFAD versteht sich nicht als „links“. In ihrer Arbeit aber setzt die Organisation diese Elemente allerdings um:

Die Kontrolle der öffentlichen Budgets ist Inhalt der Schulungen von OFAD und stößt dort an Grenzen, wobei eine wirksame Budgetkontrolle Analphabetinnen kaum möglich sein wird.

Landfragen sind in Bagadadji bislang keine offen ausbrechenden Konfliktfragen. Soweit es für diesen Beitrag zu ermitteln war, liegt dies an der ausreichenden Verfügbarkeit. Selbst Parzellen in direkter Nähe zur Hauptstraße würden Familien, die danach fragen, problemlos vom zuständigen Ausschuss der Landgemeinde zugewiesen. Die Engpässe für landwirtschaftliche Produktion liegen eher bei der Verfügbarkeit von Werkzeugen und Maschinen sowie von Saatgut.

Die Prioritäten für Schulen und Gesundheitseinrichtungen setzen die Teilnehmerinnen ebenso.

Der Tenor Kassés: Linke Kommunalpolitik kann nur in Interaktion mit Initiativen der Bevölkerung bzw. deren Mobilisierung aus der Minderheitenposition heraus erfolgreich sein. Und genau hier setzt das Programm von OFAD an und vermittelt mit dem Plädoyer eine wirksame Mobilisierungsmethode.

Ansätze eines politischen Bewusstseins sind nicht vorhanden. Dazu müssten die Teilnehmerinnen die politökonomischen Zusammenhänge ihrer Lebensbedingungen analysieren lernen und ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass sie ökonomisch marginalisiert werden. Das ist angesichts der

kleinbäuerlichen Realität nicht einfach. Schließlich betreiben die Teilnehmerinnen kleinbäuerliche Landwirtschaft für den Eigenbedarf und für den Markt. Die Region Kolda gehört nicht zu den für den Agrarexport des Senegal wichtigen landwirtschaftlichen Produktionsgebieten. Im Kontext der Weltwirtschaft gehört sie eher zu den „außer Wert“ statt zu den „in Wert“ gesetzten Regionen, wenn man die Terminologie von Elmar Altvater wählt. Dass es keinen Mangel an Land gibt, ist ein deutliches Indiz dafür.

In die nationale und globale Ökonomie eingebunden sind die Kleinbäuerinnen einerseits über die Verfügbarkeit und Preise ihrer Ressourcen, das heißt des Saatgutes, von Düngemitteln und von Werkzeugen. Hier wünschen sie eine Förderung des Staates sowie von internationalen NRO. Formuliert wird dies eher als Bitte bzw. als Wunsch, nicht als Forderung gegen den Staat oder gegen die NRO. Von den lokalen Politikern und Führungspersonen verlangen sie, diese Förderung zu organisieren. Dabei sehen sie deren Möglichkeit, etwas zu erreichen, eher bei den internationalen NRO als beim Staat. Sie verlangen zudem, dass, wenn Fördermittel kommen, sie am Prozess der Verteilung beteiligt werden. Wenn wie traditionell üblich dies die alten Männer unter sich tun, ist erfahrungsgemäß die Verteilung weniger gerecht als wenn Frauen mitbestimmen.

In diesem Zusammenhang sind die Ansichten der Kleinbäuerinnen zur GOANA-Offensive (Grande Offensive Agricole pour la Nourriture et l'Abondance) der Regierung des Senegal zur Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft aufschlussreich. Das allgemeine Urteil zu GOANA hat eine von ihnen treffend zusammen gefasst: Es handelt sich um eine Politik, die dem Hunger und der Nahrungsmittelunsicherheit ein Ende setzen kann, wenn ihre Umsetzung gut organisiert wird. Für das im Rahmen von GOANA erhaltene subventionierte Saatgut ist man dankbar, kritisiert allenthalben, dass es zu spät ankam (GOANA wurde im Mai 2008 von Senegals Präsident Wade verkündet, was bereits zu spät für eine rechtzeitige Umsetzung zur Aussaat war). Aus einigen abseits der Hauptstraße liegenden Dörfern wird zudem geklagt, dass sie durch das Programm gar nicht mehr erreicht worden seien. Die Kritik wendet sich dann gegen die lokalen Führungspersonen und insbesondere die Frauen bemängeln, dass sie an der Verteilung des subventionierten Saatgutes nicht beteiligt gewesen waren. Hätte man sie beteiligt, sei eine wirksamere Verteilung möglich gewesen, weil sie die Nutzungsmöglichkeiten der einzelnen Familien besser einschätzen könnten. Zudem wird kritisiert, dass die Fristen, in denen man subventioniert landwirtschaftliche Geräte erwerben konnte, zu kurz waren. Mit etwas mehr Zeit hätte man in den Dörfern die notwendigen Gelder gemeinschaftlich aufbringen können. Da man die Information aber spät erhalten habe, sei es dann nicht mehr möglich gewesen, den gemeinschaftlichen Kauf zu organisieren. Frauen äußern ihre konkreten Kritikpunkte an der lokalen Politik, das ist leider im ländlichen Senegal nicht überall so.

Andererseits sind die Kleinbäuerinnen über die Preise und Abnahmebedingungen für ihre Produkte in die globale Ökonomie integriert. Die jährlichen Preisverhandlungen werden zunehmend zu einem Politikum. Die Bauernverbände können stärkeren Druck auf die Preise ausüben, weil die Kleinbäuerinnen zunehmend ihre Unzufriedenheit mit den zu niedrigen Preisen formulieren. Dazu organisieren sie in den Städten u.a. Demonstrationen. Eine solche Demo kreuzte bei unserer Rückreise nach Dakar in Kaolack unseren Weg.

In den Dörfern um Bagadadji reden die Frauen nicht über die Preise und die Notwendigkeit, politischen Druck auf die Preisgestaltung auszuüben. Das dafür notwendige, auch gegenüber staatlichen und quasistaatlichen Institutionen konfrontative politische Auftreten, gehört nicht zu ihrem Handlungsrepertoire.

Selbstbewusst die eigenen Lebensbedingungen mitgestalten, das fängt für die Landfrauen in der Haute-Casamance auf der Ebene des Dorfes an. Hier haben sie in den letzten Jahren an Macht gewonnen. Im Dorf hat sich für sie dadurch schon einiges verändert, denn dass Entscheidungen zum Teil anders ausfallen, ist unumstritten. Die in den Landgemeinderat eingezogenen Frauen sind zu kommunalen PolitikerInnen geworden und werden sich in den nächsten Jahren mit

Umsetzungsproblemen wegen der geringen finanziellen Ausstattung der Landgemeinden auseinandersetzen müssen. Sie werden ihre Entscheidungen den Menschen in den Dörfern gegenüber vertreten müssen. Das bedeutet in jedem Fall, dass sich ihr Bewusstsein über politische Prozesse erweitern wird. Zu hoffen ist, dass es ihnen gelingt, ihre Erfahrungen auch mit anderen Teilnehmerinnen des OFAD-Projektes zu reflektieren.

Wenn die Menschen aus den Dörfern um Bagadadji ihre Interessen politisch geltend machen wollen, ist es stets entscheidend, wie es ihnen gelingt, sich weiterhin Strukturen und Organisationen anzueignen. Können sie sich den Landgemeinderat wirklich nutzbar machen? Werden sie Organisationsformen finden, mit der sie die Erhöhung der landwirtschaftlichen Abnahmepreise einfordern können, denn diese sind zentral für ihre ökonomische Entwicklung?

Schluss

Ein Projekt gesellschaftlicher Veränderung in Richtung aktiver gesellschaftlicher Gestaltung durch die Bevölkerung muss in Afrika die Mehrheit der Landbevölkerung einbeziehen. Das kann jedoch nicht einfach aus den Städten organisiert werden, sondern muss sich aus eigenen Dynamiken auf dem Land entwickeln, indem vorhandene Strukturen genutzt und verändert, aber auch neue interessenvertretende Organisationen aufgebaut werden.

Valborg Edert

Radio als soziale Organisation – das Netzwerk Radio Kayira in Mali

Das Radio ist in Mali die wichtigste Informationsquelle, nicht nur wenn es um politische Geschehnisse in der Hauptstadt Bamako geht. Die Radiosender strahlen gegen eine geringe Gebühr auch das aus, was bei uns in den Anzeigenteilen der Tageszeitungen steht, nicht zuletzt familiäre Ankündigungen wie Hochzeiten oder Todesfälle. Viele Menschen hören deshalb täglich insbesondere die lokalen Radiosender, denn auch technisch ist der Radioempfang eine einfache Sache. Ein einfaches batteriebetriebenes Radio kostet in Anschaffung und Unterhalt wenig Geld und kann unabhängig von Infrastrukturen wie Strom- oder Fernmeldenetzwerken betrieben werden. Lokale Radiosender erreichen auch einen Großteil der ländlichen Bevölkerung.

Radiosender müssen nicht so gestaltet werden, dass jene, die technisch gesehen die Empfänger sind, auf diese Rolle beschränkt bleiben. Radio Kayira in Mali ist ein Beispiel, wie das Medium Radio intelligent genutzt wird, um eine auf Partizipation von unten aufbauende soziale Bewegung zu gestalten.

Radio Kayira ist ein Radiosender in Bamako mit sieben weiteren Sendestationen und einer liierten Radiostation. Die Stationen sind über das ganze Land bis auf den Norden von Mali verteilt. Der Radiosender wurde von Oumar Mariko gegründet, der auch heute noch Chef dieses Senders ist. Anlass war der Regierungsputsch 1991. Mariko ist einer der vier Abgeordneten der Partei SADI (Solidarité Africaine pour la Démocratie et l'Indépendance). Zur Zeit gibt es 147 Abgeordnete. Die Partei ist in der Opposition und greift viele Standpunkte und Politiken der Regierungspartei an. Radio Kayira versteht sich entsprechend als „Stimme der Wahrheit“, benennt Probleme und Schwierigkeiten des Landes wie es sonst nur noch ein anderer Radiosender, Radio Kleo, in Bamako macht. In der Vergangenheit kam es sowohl zu Verhaftungen von Radiomitarbeitern als auch zu vorübergehenden Schließungen des Senders.

Radio Kayira ist seit 2003 kontinuierlich gewachsen, so dass seine Stationen in den meisten großen Städten und Regionen vertreten sind. Eine Besonderheit bildet die Region Kita, die eine ungewöhnliche hohe Präsenz an Frauen hat, die für den Radiosender arbeiten.

Ein bedeutendes Element der Arbeit und - laut Aussagen der MitarbeiterInnen nur von Radio Kayira initiiert - sind die Hörerclubs. Jede Station hat zwischen 90 und 200 Hörerclubs, die sich bunt gemischt aus der Bevölkerung zusammensetzen. Zudem gibt es noch Clubs, in denen sich ausschließlich Jugendliche organisiert haben. Diese Clubs werden von Animatoren betreut. Die Diskussionen in den Clubs können sich auf weitere Fragen der Sendungen beziehen, aber auch auf die Anfrage sozialer Dienste wie Problemlösung vor Ort. Nicht selten fährt ein Mitarbeiter des Radios mit dem Mofa ins Dorf, um vor Ort Konflikte mit den Beteiligten zu bearbeiten. Die Clubmitglieder zahlen jährlich einen kleinen Beitrag zur Finanzierung des Radios und einen monatlichen Betrag zur Finanzierung einer gemeinsamen Aktivität der Clubmitglieder, wie z.B. das Bewirtschaften eines Gemeinschaftsackers.

Wiederum durch die Clubs initiiert, bilden sich überwiegend Frauengruppen, die sich in vielfältiger Art organisieren, um ihre Einkünfte zu verbessern oder gemeinnützige Zwecke zu erfüllen. Hier gibt es spezielle Sendungen, um die Frauen zu interessieren und sie zu aktivieren. In den Frauengruppen stellen die Frauen Seife aus Ölresten her, färben Stoffe, recyceln Plastik und organisieren sich als Kleinhändlerinnen. Das erwirtschaftete Geld fließt in eine Gemeinschaftskasse und wird für die Gruppe reinvestiert. Gemeinnützige Leistungen wie das Reinigen der Moscheen

und eines Krankenhauses wurden von Radio Kayira durch eine spezielle Ausstrahlung initiiert und von Frauengruppen übernommen.

Der Radiosender Kayira versteht sich als ein Sender, der politische Informationen zum Thema Menschen- und Bürgerrechte verbreitet und Aufklärungsarbeit insbesondere für die benachteiligten Schichten der Bevölkerung leistet. In diesem Rahmen führt das Radio inzwischen regelmäßig zu örtlich wichtigen Themen öffentliche Konferenzen mit Fachexperten und Regierungsbeamten durch und lädt hierzu die Öffentlichkeit ein. Nach der öffentlichen Debatte haben die ZuhörerInnen die Möglichkeit, direkt Fragen an die geladenen Experten und Regierungspersonal zu stellen. Diese Konferenzen werden live ausgestrahlt. Anschließend wird die Aufzeichnung auf ein passendes Hörerformat bearbeitet und erneut ausgestrahlt – ebenso über die anderen Sender des Radionetzwerkes, so dass eine Hörerschaft bis zu 6. Mio. Menschen erreicht wird. Die Konferenzen finden in der einheimischen Sprache Bambara statt, die vom Großteil der Bevölkerung verstanden wird. Rückmeldungen aus der Bevölkerung zeigen, dass diese Sendungen von vielen mit viel Interesse gehört werden.

Radio Kayira kombiniert die Reichweite des Mediums Radio in Mali mit sozialer Organisation vor Ort und schafft so eine neuartige Organisationsform der Zivilgesellschaft. Vor Ort organisieren sich die Frauen- und Jugendgruppen und ergänzen durch Projekte der Kleinproduktion ihr Einkommen. Hörerclubs informieren und bilden über die Zusammenhänge zwischen lokalen Problemlagen und politischen Strategien auf nationaler und globaler Ebene. Auch an den Wahlerfolgen bei den letzten Kommunalwahlen, die die Partei SADI erringen konnte, kann man die Wirkung von Radio Kayira bemessen. Ihr Vorsitzender ist der Initiator von Radio Kayira. Bevölkerung muss in Afrika die Mehrheit der Landbevölkerung einbeziehen. Das kann jedoch nicht einfach aus den Städten organisiert werden, sondern muss sich aus eigenen Dynamiken auf dem Land entwickeln, in denen vorhandene Strukturen genutzt und verändert, aber auch neue interessenvertretende Organisationen aufgebaut werden.

Selbstdarstellung von Radio Kayira, Mali:

Hörerclubs – die soziale Basis von Radio Kayira

Die Vereinigung Radio Libre Kayira wurde 1993 gegründet. Als Ziel hat sie sich die Förderung der positiven kulturellen Werte unseres Landes durch die Förderung von freien Radiostationen gesetzt. Die erste Radiostation wurde im Juni 1993 in Bamako gegründet, dank der Beiträge der Initiatoren, der Bevölkerung Malis sowie aus Martinique und Europa.

Das Radio wurde nach dem Sturz des diktatorischen Regimes der UDMP von Moussa Traoré gegründet. Ihr Ziel war es, eine solche Diktatur, die die Menschen in unserem Land unterdrückt und unterjocht hatte, in Zukunft verhindern zu können. Deshalb haben die Begründer der Vereinigung Radio Kayira entschieden, ein Medium für die freie Meinungsäußerung zu schaffen. Das Radio soll zudem helfen, sich zu organisieren und so gegen die Ausbeutung zu kämpfen, deren Opfer die Menschen zugunsten der lokalen Bourgeoisie und der internationalen Finanzmächte, vermittelt durch den dem Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die multinationalen Konzerne, sind. Diese Gegner der Demokratie entfremden die Menschen in unserem Land und verhindern das Entstehen einer verantwortungsvollen Zivilgesellschaft, durch die die Menschen ihre Interessen verteidigen können.

Das Netzwerk hat Prinzipien der Redaktionsarbeit ausgearbeitet, die das Radio in den Dienst der mittleren und armen Bäuerinnen und Bauern, der Handwerkerinnen und Handwerker, der

Arbeiterinnen und Arbeiter, der Arbeitslosen und der Ausgebeuteten stellt. Das Radio hat eine beeindruckende Anzahl von Unterstützerclubs aus Sympathisantinnen und Sympathisanten aufgebaut, so dass die Hörerinnen und Hörer das Radio inzwischen das „Radio derer ohne Stimme“ nennen.

Die Clubs entstanden überall, wo es Stationen des Netzwerkes gibt. Seit ihrer Gründung haben die in ihnen Aktiven folgende Aufgaben im Radionetzwerk wahrgenommen:

- sie dienen als Bollwerk gegen die eventuellen Ausschreitungen der undemokratischen Kräfte im Umfeld der Macht,
- sie propagieren die Inhalte von Radio Kayira,
- sie unterstützen finanziell und materiell die Radiostationen, damit diese ihre Aufgaben gut erfüllen können.

Die Radiostationen des Netzwerkes verurteilen jegliches Missmanagement, die Zweckentfremdung öffentlicher Mittel durch die politischen und administrativen Autoritäten, das Aufzwingen zerstörerischer wirtschaftspolitischer Maßnahmen durch den IWF und die Weltbank, die Repression der Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten durch das Regime der ADEMA und von Alpha Oumar Konaré, die Schaffung einer ethnischen Miliz im Norden Malis gegen die Touareg und die Angriffe der Touareg-Rebellen gegen die zivile Bevölkerung.

Das Radionetzwerk verurteilt die Ausweisungen von Malierinnen und Maliern aus Frankreich und aus einigen afrikanischen Ländern, die Repression der Malierinnen und Malier in der Cote d'Ivoire und die Morde an einigen von ihnen durch die Autoritäten dieses Landes.

Das Radio hat die Gründung der Vereinigung der Malier aus dem Ausland (Association des Maliens de l'Extérieur), das Unterstützungskollektiv für Malier im Ausland gefördert und Unterstützungsdemonstrationen organisiert für die Menschen im Irak, in Palästina und im Kongo gegen die Aggressionen der USA, Israels, Rwandas und Ugandas.

Diese Aktivitäten werden von den HörerInnenclubs organisiert. Das Radio und seine Clubs haben so in der Bevölkerung an Sympathie und weitere ZuhörerInnen gewonnen. Das Regime der ADEMA-PASJ hat auf diese Aktivitäten mit willkürlicher Verfolgung reagiert: Einschüchterung von Wirtschaftsunternehmen, damit diese ihre Werbesendungen zurückziehen, die eine Einkommensquelle für die Radiostationen darstellen, sowie häufige Polizeiaktionen und Verhaftungen von Radiopersonal. Einige Beispiele:

- Das erzwungene Exil des Direktors, dem fälschlich der Mord an dem Polizeibeamten Moussa Diarra im August 1997 vorgeworfen wurde;
- die Schließung des Radio Kayira auf Anweisung des Premierministers Ibrahim Boubakar Kéita 1994;
- starker wirtschaftlicher und sozialer Druck auf die Direktoren der Radiostationen mit dem Ziel, diese abzuwerben oder sie zur Sabotage des Radios zu bewegen, wie 1997 in Bamako;
- das Abwerben von MitarbeiterInnen des Radios.

Einige Verhaltensweisen der Verwaltung, der Justiz, der Sicherheitskräfte gegen die Landbevölkerung (Bäuerinnen und Bauern, Fischerinnen und Fischer, Handwerkerinnen und Handwerker) sind der kolonialen Epoche würdig. In den ländlichen Zonen der Ungerechtigkeit ist die Repression die Regel und Gerechtigkeit und Gleichheit die Ausnahme. Diese Praktiken werden unaufhörlich von den Radiostationen im Kayira-Netzwerk öffentlich gemacht und verurteilt, was die Entwicklung der Clubs in der Region angeregt hat.

Kürzlich hat die Verhaftung dreier Journalisten des Radio Kayira von Ségou die Haltung der Staatsmacht gegenüber Kritikern offenbart und bietet so aber lediglich einen weiteren Grund für das Engagement der Menschen für die Kayira-Clubs.

Die Clubs wählen sich in den Dörfern und den Stadtvierteln ein Leitungskomitee. Die Komitees zusammen bilden das Koordinationsbüro, dessen Präsident an den Sitzungen der Verwaltungsausschüsse der lokalen Radiostationen teilnimmt.

In Koutiala haben die Clubs in jedem Dorf einen „Lassigi Den“ installiert, dessen Aufgabe es ist, das Radio über lokale Angelegenheiten zu deren Ausstrahlung zu informieren. Diese Person wird aufgrund ihrer moralischen Integrität ausgewählt und ist verpflichtet, nur überprüfte und vertrauenswürdige Informationen weiterzuleiten.

Die Clubs initiieren sozio-ökonomische und professionelle Aktivitäten und leisten damit einen Beitrag zur Finanzierung der Radiostationen. Aktuell mobilisieren mehr als 2000 Clubs jeweils im Mittel etwa 30 Personen. Es handelt sich um eine solide Organisation mit den folgenden Zielen:

- Schaffung einer bewussten Zivilgesellschaft;
- Organisation von Debatten zu aktuellen Fragen auf nationaler und internationaler Ebene;
- ein Bollwerk gegen die Repression gegen das Netzwerk zu sein;
- die Bevölkerung über die Gesundheitsvorsorge und zum Umweltschutz zu informieren und zu sensibilisieren;
- Organisation einkommensgenerierender Maßnahmen.

Quelle: <http://www.kayira.org/article14.html>

Anja Schade

„We don't want them here“*

Hintergründe zu den xenophoben Überfällen in Südafrika im Mai 2008

Über die fremdenfeindlichen Übergriffe in Südafrika im Mai 2008 wurde in den deutschen Medien viel berichtet. Inzwischen ist es jedoch ruhig geworden um diese Thematik; die Präsidentschaftswahlen am 22. April 2009 sowie die Vorbereitungen auf die näherrückenden Fußballweltmeisterschaften im Jahr 2010 sind in den vordergründigen Fokus der Berichterstattung über das Land am Kap gerückt. Doch AnalystInnen warnen, dass mit dem offensichtlichen Ende der Gewalt nur eine scheinbare Ruhe einkehrte und sich die Situation wiederholt verschärfen könnte, sobald sich beispielsweise das wirtschaftliche Wachstum merklich verlangsamte.¹² Deshalb soll an dieser Stelle ein genauerer Blick auf die Begebenheiten vor Ort erfolgen.

Zahlen und Fakten

Innerhalb von knapp zwei Wochen wurden im Mai 2008 durch fremdenfeindliche Übergriffe 62 Menschen getötet, mindestens 670 verwundet, Frauen vergewaltigt sowie Eigentum in Höhe von mehreren Millionen Rand durch südafrikanische BewohnerInnen und lokale Führungspersonen verwüstet, zerstört oder „übernommen“.¹³

Die Unruhen begannen im Johannesburger Township Alexandra mit dem öffentlichen Verbrennen des Mosambikaners Ernesto Alfabeto Nhamuave am 9. Juni 2008 und erweckten das mediale Interesse einer weltweiten Öffentlichkeit. Von Alexandra ausgehend verbreiteten sich die Überfälle auf andere Plätze und Communities im ganzen Land, schwerpunktmäßig in den Provinzen Gauteng und Western Cape.¹⁴ Infolge der Gewalt verließen Tausende MigrantInnen ihre Wohngegend: 50.000 Menschen flohen innerhalb des Landes und mussten – bis die sogenannten „Safe-Camps“ errichtet worden waren – in temporären Unterkünften wie Kirchen, Polizeistationen und sogar Tankstellen untergebracht werden. Es entstand eine humanitäre Krisensituation.¹⁵ Einige Tausend flohen in ihre Herkunftsländer. Mosambikanische Behörden gaben an, dass nach Beginn der Unruhen innerhalb von fünf Monaten 26.000 Menschen die Grenze nach Mosambik überquert hätten.¹⁶

Während einerseits innerhalb der südafrikanischen Gesellschaft eine Welle der Solidarität mit den Angegriffenen und Geflohenen in Form von Sach- und Geldspenden sowie persönlichem Engagement in den Camps entstand¹⁷, zeigen Umfragen, wie tief Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, unabhängig von Hautfarbe und Einkommensgruppe, verwurzelt ist.¹⁸ Im Parlament

¹² *Zitat eines Probanden, entnommen aus: Towards Tolerance, Law and Dignity: Addressing Violence against Foreign Nationals in South Africa, Studie hrsg. von der International Organization for Migration (IOM), Regional Office for Southern Africa, Johannesburg, February 2009, S. 18.

Community Dialogues and Peace Building Initiatives to deal with Xenophobia in South Africa, unveröffentlichte Studie, hrsg. von The Khulumani Support Group, Johannesburg, September/ October 2008, S.22.

¹³ Towards Tolerance, Law and Dignity, IOM, 2009, S.2.

¹⁴ Fuller, Romi, South Africa: Xenophobia, Crime and Security in SA, Centre for the Study of Violence in South Africa, 5. September 2008, S.1, <http://allafrica.com/stories/200809050763.htm>

¹⁵ Community Dialogues and Peace Building, Khulumani, 2008, S.1, Fuller, Xenophobia, Crime and Security in SA, 2008, S.4.

¹⁶ Fuller, Xenophobia, Crime and Security in SA, 2008, S.1.

¹⁷ Badat, Noor-Jehan Yoro, Readers give R3m to xenophobia victims, in: Pretoria News, 9. Juni 2008, S.2; Fuller, Xenophobia, Crime and Security in SA, 2008, S.4.

¹⁸ “The Perfect Storm: The Realities of Xenophobia in Contemporary South Africa”, hrsg. v. The Southern African

fanden Anhörungen speziell zu dem Thema „Rückkehr und Wiedereingliederung in die Gemeinden“ statt. Hierbei wurden die Einführung von Community-Programmen mit öffentlichen Treffen sowie Reintegrationsprogramme beschlossen. Menschen, die zu ihrem alten Wohnort zurückkehren, sollten zudem eine Starthilfe von 750 Rand (ca. 60 Euro) erhalten. Eine erfolgreiche Umsetzung dieser Programme blieb jedoch aus mehreren Gründen aus. Im Gegenteil: Immer wieder berichtete die Presse von Vertriebenen, die entweder in ihre alte Wohngegend zurückgekehrt oder ganz bewusst in eine andere Region gezogen waren, und da wie dort von südafrikanischen EinwohnerInnen erneut bedroht, vergewaltigt oder gar umgebracht wurden.¹⁹

Der Ausbruch dieser massiven Gewalt in Südafrika wirft insbesondere zwei Fragen auf:

- In welches politische und gesellschaftliche Klima waren die Übergriffe eingebettet?
- Gibt es Ansätze, die erklären, warum die Gewalt in einigen Communities ausbrach und in anderen nicht?

Der Mai 2008 – eine nicht vorhersehbare, einmalige Begebenheit?

Die Überraschung seitens Politik und Medien als Reaktion auf die Angriffe im Mai 2008 erstaunt. Fremdenfeindlichkeit und tätliche Übergriffe auf afrikanische MigrantInnen sind keine neue Erscheinung in der Post-Apartheid Ära Südafrikas: das Vertreiben von AusländerInnen aus ihren Wohnungen sowie das Plündern und Verbrennen der kleinen hauptsächlich von SomalierInnen betriebenen sogenannten Spaza-Shops sind Praktiken, die in Südafrika bereits auf eine eigene Geschichte zurückblicken können. Auch haben fremdenfeindliche Übergriffe immer wieder in der Ermordung von MigrantInnen gemündet.²⁰ Die Auseinandersetzungen im Mai letzten Jahres waren zudem nicht ohne unmittelbare Vorläufer: bereits im Januar wurden zwei Somalis in Dunvcan Village (Provinz Eastern Cape) sowie ein weiterer Ausländer in Soshanguve (Gauteng) durch Verbrennung getötet.²¹ Lediglich die Vehemenz sowie die Verbreitung in weitere Regionen des Landes stellten im Mai einen neuen Ausdruck der Fremdenfeindlichkeit dar.

Fremdenfeindlichkeit und Gewalt gegenüber MigrantInnen ist immer das Ergebnis mehrerer ineinandergreifender komplexer Faktoren. Dazu zählen:

- die staatliche Politik gegenüber MigrantInnen, z.B. in Form von Verzögerung der Bearbeitung von Asylanträgen sowie Repressionen und Kriminalisierung durch die Polizei,
- die Darstellung von MigrantInnen als Kriminelle durch PolitikerInnen und in den Medien,
- die ausbleibende oder nur zögerliche Strafverfolgung von TäterInnen fremdenfeindlicher Übergriffe.

All diese Punkte lassen sich auch für Südafrika konstatieren. Doch gibt es weitere, nach meiner Einschätzung fundamentale und in ihrer Ausprägung südafrikaspezifische Ursachen für die Überfälle im Mai. Auf drei Aspekte soll im Folgenden deshalb näher eingegangen werden:

der tradierte Umgang mit KonkurrentInnen und OpponentInnen in den Townships in Form von

Migration Project - SAMP, Migration Policy Series No. 50, Cape Town 2008, S.19.

Fuller, Xenophobia, Crime and Security in SA, 2008, S. 2

¹⁹ Bailey, Candice, Homeless again after violence mars his return, in: Cape Argus, 19. Juni 2008, S.12; Joubert, Pearlle, Shut out and sent home, in: Mail & Guardian, 31. Oktober - 6. November 2008, S 6; Joubert, Pearlle, Nafoc calls for Somali purge, in: Mail & Guardian, 5. September 2008, <http://www.mg.co.za/article/2008-09-05-nafoc-calls-for-somali-purge>.

²⁰ Towards Tolerance, Law and Dignity, IOM, 2009, S.23.

²¹ Ebd., S.23.

Selbstjustiz seit der Apartheid,

- die insbesondere seit der Apartheid praktizierte und jetzt in modifizierter Form fortbestehende Politik der Inklusion in bzw. Exklusion aus der „Nation“ im Sinne des „nationbuilding“,
- die hohe Unzufriedenheit eines Großteils der schwarzen Bevölkerung mit der Regierungspolitik nach 1994.

Selbstjustiz – der schnelle Weg zur Gerechtigkeit

Die Entstehung der Politik von „community justice“ in schwarzafrikanischen Gemeinden reicht zurück bis ins Jahr 1910 und galt als System der Konfliktlösung, der eigenen Kontrolle der Gesetzes Einhaltung in den communities sowie der Bestrafung anstößigen Verhaltens.²² In den Townships und den sogenannten „informal settlements“²³ etablierten sich somit bereits früh Parallel-Strukturen zum staatlichen weißen Machtapparat. Was zunächst als Instanz zum Werteerhalt und der Wertevermittlung innerhalb der Gemeinschaft etabliert wurde, galt später mit dem Entstehen sogenannter „People’s Courts“ oder „Disciplinary Committees“ zunehmend dem Schutz der Community gegenüber der die Politik der Homelands unterstützenden Sicherheitstruppen durch den ANC bzw. die UDF (United Democratic Front).²⁴ Das sogenannte „Necklacing“ - das Verbrennen eines Menschen bei lebendigem Leibe mit Hilfe eines ihm um den Hals gelegten und angezündeten Autoreifens - fungierte dabei als Abschreckung gegenüber politischen OpponentInnen, welches vermehrt während der gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen dem ANC und der Inkatha sowie gegenüber des Informantentums verdächtigen Personen in den Townships seit Ende der 1980er Jahre eine Rolle spielte.²⁵

Während Formen der Bestrafung wie das „Necklacing“ auch nach 1994 erhalten blieben, stellte eine Studie zur Auswertung von Medienberichten durch das CSV (Centre for the Study of Violence and Reconciliation) fest, dass die Politik der Abstrafung politischer GegnerInnen (oder als solche Beschuldigter), nach 1994 umschlug in eine Politik der Strafverfolgung von Kriminellen wie „Drogendealern, Gangstern und Fremde“²⁶. Bei dieser Analyse fiel auf, dass Straftaten zum Großteil mit Fremden/AusländerInnen in Verbindung gebracht wurden und AusländerInnen somit zu einer Zielgruppe von Selbstjustiz wurden. Eine Haltung, welche durch die politische Rhetorik sowie die Darstellung von MigrantInnen als Kriminelle in den Medien gestützt wird. Selbstjustiz wird nach wie vor als Notwendigkeit zur Herstellung von Gerechtigkeit gesehen und von zwei Umständen in ihrer vermeintlichen Legitimität gestützt: Zum einen hat ein Großteil der EinwohnerInnen von Townships und Informal Settlements kaum Zugang zum staatlichen Rechtssystem²⁷, zum anderen geht diese Einstellung häufig einher mit der Erfahrung, dass die Polizei selbst in kriminelle Machenschaften verstrickt ist, korrupt ist oder bei der Fahndung nach Kriminellen ineffizient arbeitet.²⁸

²² Sekhonyane, Makubetse/ Louw, Antoinette, *Violent Justice. Vigilantism and the State's Response*, hrsg. v. Institute for Security Studies – ISS, Monograph Series, vol. 72, Cape Town, 2002, S.4; <http://www.iss.co.za/>

²³ Die Bezeichnung „Township“ bezieht sich auf eng besiedelte Gebiete, die während der Apartheid für Nicht-Weiße vorgesehen waren. „Informal settlements“ hingegen sind ungeplant bebaute Wohnsiedlungen, die zumeist aus Wellblechhütten (Shacks) und selbstgebauten Häusern bestehen.

²⁴ Sekhonyane/ Louw, *Violent Justice*, 2002, S.14

²⁵ *Towards Tolerance, Law and Dignity*, IOM, 2009, S.14; sehr ausführlich zu Selbstjustiz, street committees usw. siehe Sekhonyane/ Louw, *Violent Justice*, 2002.

²⁶ Harris, Bronwyn, „As for Violent Crime that’s our Daily Bread“. *Vigilante Violence During South Africa’s Period of Transition*, hrsg. v. CSV – Centre for the Study of Violence and Reconciliation, *Violence and Transition Series*, Johannesburg, 2001, S.18.

²⁷ Sekhonyane/ Louw, *Violent Justice*, 2002, S.18.

²⁸ *Towards Tolerance, Law and Dignity*, IOM, 2009, S.12, 14.

“Nationbuilding” – Wer gehört zum neuen Südafrika?

Fremdenfeindlichkeit manifestiert sich in Südafrika auch im institutionellen Rahmen. Dies reicht zurück bis in die Kolonialzeit, findet ihre Perfektionierung jedoch in den Apartheidgesetzen, in denen aufgrund rassistischer Kategorien entschieden wurde, wer zur „Nation“ gehörte und wer nicht. Der Staat nutzte das System der Bantustan, um den Schwarzen (sowie in abgeschwächter Form den sogenannten Coloureds und Indiens) politische Rechte sowie das Recht der StaatsbürgerInnenschaft zu verwehren; die Mehrheit der südafrikanischen Bevölkerung wurde zu Fremden im eigenen Land stilisiert, die in die Homelands verwiesen wurden, wenn sie nicht ausdrücklich einem Zweck für die „Europeans“ dienten wie der Arbeit in den Minen, im Haushalt, als Pflegemütter etc. JedeR, der oder die nicht ausdrücklich legitimiert war, sich in den zumeist weißen Gebieten aufzuhalten, wurde als Gefahr für die politische Ordnung betrachtet. Entsprechende Gesetze ermöglichten die Bestrafung beim unerlaubten Aufenthalt.²⁹

Diese Blickweise hat sich nach 1994 lediglich verschoben: zu der Nation „Regenbogen“ gehören nun alle SüdafrikanerInnen – ein von der Politik betriebener Prozess des „Nationbuilding“ wird begleitet von einem beschwerlichen Versöhnungsprozess zum Aufbau des neuen „gemeinsamen“ Südafrikas. Die gefühlte Gefahr geht nun von MigrantInnen aus: Umfragen vom SAMP (Southern African Migration Project) ergaben, dass im weltweiten Vergleich SüdafrikanerInnen die stärksten Restriktionen für Immigrierende fordern: 1999 wollten 78 Prozent der Bevölkerung restriktivere Einwanderungsgesetze bzw. ein komplettes Verbot von Einwanderung, 2006 meinten 84 Prozent, dass Südafrika zu viele ImmigrantInnen ins Land lassen würde, 74 Prozent unterstützen die Ausweisung von AusländerInnen, die zum ökonomischen Aufschwung des Landes nichts beizutragen hätten und 61 Prozent unterstützen die Ausweisung von AusländerInnen mit HIV/AIDS. Auch die von Buthelezi Mitte der 1990er Jahre statuierte Aussage, Nicht-SüdafrikanerInnen gefährdeten die gerechte Umverteilung von Ressourcen, findet in den Ergebnissen der Studien Wiederhall: 2006 antworteten mehr als zwei Drittel der Befragten, dass AusländerInnen Ressourcen wie Wasser, Elektrizität und Gesundheitsversorgung aufbräuchten, die eigentlich den südafrikanischen StaatsbürgerInnen gehören würden.³⁰ Dies korrespondiert mit dem ebenfalls weitverbreiteten Urteil, dass nur schwarze SüdafrikanerInnen von den Vorzügen des Wandels profitieren sollten, da sie diejenigen waren, die unter der Apartheid gelitten hätten.³¹

Wer von der Bevölkerung jedoch als SüdafrikanerIn (an)erkannt wird, ist leicht ad absurdum zu führen. Bereits 1999 machte ein Bericht der SAHRC (South African Human Rights Commission) darauf aufmerksam, dass Menschen von PolizeibeamtInnen festgenommen wurden, weil sie „zu schwarz seien, um SüdafrikanerInnen zu sein“.³² Auch zählen zu den 62 Toten der Mai-Unruhen 21 südafrikanische StaatsbürgerInnen. Deutlich wird hierbei, dass sich der Fokus der Fremdenfeindlichkeit hauptsächlich auf schwarze, afrikanische MigrantInnen richtet, in erster Linie aus den Nachbarländern Südafrikas wie Simbabwe und Mosambik, aber auch aus Nigeria, der DR Kongo und Somalia. EinwanderInnen insbesondere aus Europa waren und sind von dieser Haltung faktisch nicht betroffen.³³

Zunehmende Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik

Die Erwartungen vorrangig der schwarzen Bevölkerung Südafrikas nach dem Ende der Apartheid waren groß. Doch trotz der eingeleiteten Strukturmaßnahmen, allem voran das eingeführte RDP

²⁹ Ebd., S.15.

³⁰ The Perfect Storm, SAMP, 2008, S.1f.

³¹ Community Dialogues and Peace Building, Khulumani, 2008, S.31.

³² The Perfect Storm, SAMP, 2008, S.46.

³³ Fuller, Xenophobia, Crime and Security in SA, 2008, S.2.

Programm (Reconstruction- and Development Programme), das neben der Einführung neoliberaler Wirtschaftsparameter auch soziale Komponenten wie den Bau von subventionierten Häusern, Zugang zu Wasser und Elektrizität beinhaltete, konnten diese Erwartungen nicht erfüllt werden. Inzwischen wird die Post-Apartheid-Ära durch eine steigende Desillusionierung innerhalb der Mehrheit charakterisiert, die sich von den bisherigen ANC-Regierungen im Stich gelassen fühlt. Ein Hauptkritikpunkt der Bevölkerung richtet sich an die Verteilungspolitik der von der Regierung gebauten und subventionierten sogenannten RDP-Häuser. Die Nachfrage ist groß, denn diese Häuser sind preiswert und haben einen eigenen Wasseranschluss sowie Sanitäranlagen. Auf langfristige Sicht sollen sie die Wellblechhütten ersetzen. Beantragen können diese Häuser nur südafrikanische StaatsbürgerInnen bzw. MigrantInnen mit einem ständigen Aufenthaltsrecht. Das monatliche Einkommen darf 3500 Rand nicht übersteigen.³⁴

Neben anderen Organisationen benennen die Khulumani Support Group und Frans Cronje vom South African Institute of Race Relations (SAIRR) die Verteilungsproblematik der RDP-Häuser als eine Ursache des Gewaltausbruches in Alexandra. Hier waren bereits auf einer Demonstration im März 2008 Slogans gegen Fremde laut geworden, verbunden mit der Beschwerde, diese hätten RDP-Häuser, auf die andere aus Alexandra bis zu 15-20 Jahren warten müssen, von lokalen BeraterInnen gegen Zahlungen in Höhe von 1500 Rand (ca. 120 Euro) erhalten. MigrantInnen wurden nun beschuldigt, Verantwortliche bestochen oder gefälschte, südafrikanische Dokumente benutzt zu haben, um ebenfalls Zugang zu den RDP-Häusern zu erhalten.³⁵ Später angestellte Untersuchungen ergaben, dass die Vorwürfe haltlos waren: die Häuser wurden von SüdafrikanerInnen oder AfrikanerInnen mit südafrikanischer StaatsbürgerInnenschaft bewohnt.³⁶ Anzumerken bleibt an dieser Stelle, dass diejenigen, die sich bei der Vergabe der RDP-Häuser vermeintlich bestechen ließen bzw. ihre Häuser unerlaubt³⁷ weitervermieteten, von den aufbrachten BürgerInnen nicht zur Rechenschaft gezogen wurden.³⁸

Der Ausbruch von Gewalt: Zufall oder strukturelle Besonderheit?

Die bisher in diesem Aufsatz dargestellten Umstände beschreiben zwar Bedingungen, die in ihrer Summe zu hohen Spannungen geführt haben. Diese Umstände gelten jedoch für ganz Südafrika und erklären nicht, warum die Gewalt gegen MigrantInnen in einigen Communities ausbrach und in anderen nicht. Die am meisten von der Gewalt heimgesuchten Gebiete waren insbesondere Townships und Informal Settlements in der Provinz Gauteng, z.B. Itireleng in Laudium (Informal Settlement bei Pretoria/Tshwane), Sector II im Township Alexandra (Johannesburg), Madelakufa II in Tembisa (Johannesburg) sowie in der Provinz Western Cape, in der Umgebung von Kapstadt, wie z.B. Du Noon oder Masiphumelele.³⁹ Aber auch Communities in und um Städten wie Durban, East London und Port Elizabeth waren betroffen.⁴⁰

Viele anfängliche Ausführungen zu den Ursachen für die Überfälle konzentrierten sich auf die

³⁴ James, Cheri-Ann, A home of her own, in: Mail & Guardian, 24. November 2004, <http://www.mg.co.za/article/2004-11-24-a-home-of-her-own>

³⁵ Frans Cronje, zitiert in: McKenzie, Roy, We need to address xenophobia, 16. Mai 2008, http://www.news24.com/News24/South_Africa/News/0,,2-7-1442_2323858,00.html; Community Dialogues and Peace Building, Khulumani, 2008, S.29, 33.

³⁶ van Driel, Maria, Combating Xenophobia. Understanding xenophobia in democratic South Africa, in: Khanya, no 19, Juli 2008, Johannesburg, 2008, S.5 ff., 13.

³⁷ Die Weitervermietung von RDP-Häusern ist rechtlich erst acht Jahre nach Besitznahme erlaubt.

³⁸ Community Dialogues and Peace Building, Khulumani, 2008, S.33.

³⁹ Towards Tolerance, Law and Dignity, IOM, 2009, S.9.

⁴⁰ <http://www.southafrica.info/about/democracy/xenophobia-160508.htm>

Suche nach einer sogenannten „Dritten Kraft“ (Third Force)⁴¹, führten organisiertes Verbrechen an oder erklärten die Überfälle mit dem spontanen Aufstand einer gesichtslosen Masse. Eine Studie der International Organization for Migration – IOM hat sich dieser Frage genauer gewidmet. Im Folgenden beziehen sich die Ausführungen deshalb vorrangig auf diese Untersuchung.⁴²

Die Bedeutung einer anerkannten institutionalisierten Führungskraft

Im Ergebnis der Studie kristallisiert sich insbesondere ein Faktor heraus, in dem sich die betroffenen Kommunen offenbar gravierend von anderen unterscheiden: die Abstinenz einer anerkannten gewählten politischen Instanz. Während andere Faktoren verschärfend zur angespannten Situation beigetragen haben mögen - wie eine ausgesprochen hohe Arbeitslosenquote von bis zu 70%, schlechter Zugang zu vom Staat bereitgestellten Ressourcen wie Wasser, RDP-Häusern oder Elektrizität, wenig Vertrauen in die Polizei und deren Effizienz bei der Verfolgung von Straftaten -, das Fehlen einer anerkannten Autorität, die ihren Aufgaben innerhalb ihres Wirkungsbereiches vertrauenswürdig ausfüllt, ist den Argumenten der Studie folgend das entscheidende Moment, das im Zusammenspiel mit allen anderen Umständen zu der Hatz gegen AusländerInnen geführt hat.⁴³

Selbst Strukturen wie Street Committees, CPF's (Community Policing Forum), die normalerweise der lokalen Führung unterstellt sind, funktionieren in diesen Gebieten nicht als verlängerter Arm der lokalen Regierung, sondern arbeiten entweder als „unberührbare“ Parallelstrukturen oder sie übernehmen selbst gänzlich die Rolle, die eine lokale Führung ausüben sollte.⁴⁴ Die Studie zeigt auf, dass die Übernahme der Führungsrolle innerhalb einer community eine durchaus reizvolle und lukrative Alternative zur Arbeitslosigkeit sein kann. Für die Übernahme gewisser Aufgaben für die Gemeinschaft erheben die neuen Führungspersonen Gebühren, z.B. zur Gewährleistung der Sicherheit, für den Verkauf oder das Vermieten von Wellblechhütten bzw. RDP-Häusern oder sie nehmen Bestechungsgelder für die Lösung von Problemen verschiedenster Art.⁴⁵ Durch das Fehlen eindeutiger Aufgabenverteilungen und der Überwachung ihrer Einhaltung durch lokale Führungspersonen kommt es nun zu Rollenkonfusionen, die dazu führen, dass eben diese Parallelstrukturen einen Machtzuwachs erhalten, der die Funktion staatlicher Instanzen wie Polizei und Justiz auszuhöhlen droht.

Da diese Gruppierungen jedoch keine politische Legitimation besitzen, müssen sie diese anderweitig behaupten. Um zu beweisen, dass sie diejenigen sind, die sich der Sorgen der EinwohnerInnen annehmen, bedienen sie die Ängste und Forderungen der Community, welche insbesondere MigrantInnen als Ursache von Problemen betrachten: Sei es wie in Alexandra die Annahme, AusländerInnen hätten sich die begehrten RDP-Häuser durch Bestechung oder Betrug angeeignet⁴⁶ oder wie in Masiphumelele die verbreitete Meinung, somalische Spaza-Shop-BesitzerInnen führten durch ihre niedrigen Preise die südafrikanische Konkurrenz in den Ruin⁴⁷ (und nicht etwa die großen marktbeherrschenden Supermarktketten). Die Studie fand durch

⁴¹ Sapa, 'Third force' involvement in attacks, in: Mail & Guardian, 20.Mai 2008,

<http://www.mg.co.za/article/2008-05-20-third-force-involvement-in-attacks>; siehe hierzu weitere Ausführungen in: Towards Tolerance, Law and Dignity, IOM, 2009, S.32.

⁴² Towards Tolerance, Law and Dignity: Addressing Violence against Foreign Nationals in South Africa, Studie hrsg. v International Organization for Migration - IOM, Regional Office for Southern Africa, Johannesburg, 2009.

⁴³ Towards Tolerance, Law and Dignity, IOM, 2009, S.38.

⁴⁴ Ebd., S.38.

⁴⁵ Ebd., S.38.

⁴⁶ Community Dialogues and Peace Building, Khulumani, 2008, S. 29, 33.

⁴⁷ Towards Tolerance, Law and Dignity, IOM, 2009, S. 34.

Interviews in den jeweiligen Communities heraus, dass diese selbsternannten lokalen Führungspersonen selbst aktiv in die Vorbereitung und Durchführung der Überfälle involviert waren und dass sie sich der Unterstützung durch die Bevölkerung gewiss sein konnten.⁴⁸ Es hatte innerhalb der betroffenen Kommunen offenbar lange Zeit vor den Überfällen Beschwerden über MigrantInnen gegeben, auf die seitens der staatlichen Behörden bzw. der Lokalregierung nicht reagiert worden war. Das Fehlen eines tragfähigen Konfliktmanagements führte zum Vertrauensverlust in die gewählten Strukturen und mündete letztlich darin, dass die BewohnerInnen auf fatale Weise selbst agierten.

Ausblick

Die Ergebnisse der Studie, dass nicht gewählte, lokale Führungskräfte die Überfälle auf und die Ermordung von MigrantInnen involviert waren, hat schwerwiegende Konsequenzen: Das Gelingen des Regierungsvorhabens, die Geflüchteten wieder in ihre Communities zu reintegrieren, erscheint mehr als fragwürdig. Zeitungsberichte über die Ermordung von RückkehrerInnen unterstreichen dies.⁴⁹ Das Fehlen konstruktiver Konfliktlösungs-Mechanismen, das der Akzeptanz von Gewaltanwendung zuträglich ist, dürfte für dennoch zurückgekehrte MigrantInnen wenig Vertrauen in eine Besserung der Umstände wecken. Selbst, wenn die Medien nicht mehr vorrangig über Fremdenfeindlichkeit in Südafrika berichten: das Problem bleibt und ist nicht allein auf ökonomische Rahmenbedingungen reduzierbar. Ein für die Studie interviewter Migrant beschreibt die Situation für sich wie folgt: „... we will keep quiet and suffer in silence. One will just hope that this situation improves, and perhaps think about going back, because any day this present situation may return to the chaos that we witnessed.“⁵⁰

Literatur

Community Dialogues and Peace Building Initiatives to deal with Xenophobia in South Africa, unveröffentlichte Studie, hrsg. v. The Khulumani Support Group, Johannesburg, September/October 2008.

Harris, Bronwyn, “As for Violent Crime that’s our Daily Bread”. Vigilante Violence During South Africa’s Period of Transition, hrsg. v. CSV – Centre for the Study of Violence and Reconciliation, Violence and Transition Series, Johannesburg, 2001.

Left out in the cold?, hrsg. v. The Southern African Migration - SAMP, Cape Town, 1998.

Sekhonyane, Makubetse/ Louw, Antoinette, Violent Justice. Vigilantism and the State's Response, hrsg. v. Institute for Security Studies – ISS, Monograph Series vol. 72, Cape Town, 2002; <http://www.iss.co.za/>

Towards Tolerance, Law and Dignity: Addressing Violence against Foreign Nationals in South Africa, Studie hrsg. v. International Organization for Migration - IOM, Regional Office for Southern Africa, Johannesburg, 2009.

⁴⁸ Ebd., S.38-41.

⁴⁹ Kardas-Nelson, Mara, Eviction threat to refugees, in: Mail & Guardian, 18. März 2009, <http://www.mg.co.za/article/2009-03-18-eviction-threat-to-refugees>; Mabandu, Percy, In no-man's-land, in: Mail & Guardian, 27. März 2009, <http://www.mg.co.za/article/2009-03-27-in-nomansland>; Joubert, Pearlie, Wiped out in SA, in: Mail & Guardian, 5. Oktober 2008, <http://www.mg.co.za/article/2008-10-05-wiped-out-in-sa>

⁵⁰ Towards Tolerance, Law and Dignity, IOM, 2009, S.50.

“The Perfect Storm: The Realities of Xenophobia in Contemporary South Africa”, hrsg. v. The Southern African Migration Project - SAMP, Migration Policy Series No. 50, Cape Town, 2008.

Fuller, Romi, South Africa: Xenophobia, Crime and Security in SA, hrsg. v. Centre for the Study of Violence in South Africa, 5. September 2008, <http://allafrica.com/stories/200809050763.htm>

Obwohl es seit dem Ende der Apartheid immer wieder fremdenfeindliche Übergriffe in Südafrika gab, erreichte die Spirale der Gewalt im Mai und Juni 2008 einen neuen Höhepunkt. Die folgende Tabelle gibt einen kurzen Überblick über die gemeldeten Übergriffe dieses Zeitraums:

11 May	Alexandra, Johannesburg: An armed mob breaks into foreigners' shacks, evicting them and then looting and/or appropriating their homes. Two men are killed (1 Zimbabwean, 1 South African) and two women are raped, one by four men. 60 people are injured.
12 May	Alexandra, Johannesburg: 56 people are injured; one man is killed, two new rapes are reported. 27 arrests are made. 1,000 displaced people are estimated to be sheltering at Alexandra Police Station.
13 May	Alexandra, Johannesburg: Two teens are shot and one stabbed. Hundreds of people conduct a door-to-door eviction of foreigners in Ext 7. Police are stoned and fired upon with handguns. Arrests reach 66.
14 May	Alexandra, Johannesburg: Mob burns looted possessions on a pyre; locals move into homes of the displaced. Diepsloot, Johannesburg: A mob of around 150 blockades the township entrance against foreigners.
15 May	Diepsloot, Johannesburg: Somali- and Pakistani-owned businesses are looted and destroyed. Olifantsfontein, East Rand: 32 foreigners are attacked and robbed, and then deported by police. Tembisa, East Rand: Man is accused of being an illegal immigrant and then attacked and robbed.
16 May	Alexandra, Johannesburg: Another door-to-door eviction occurs. Diepsloot, Johannesburg: Locals burn immigrants' possessions. Tembisa, East Rand: Hostel dwellers and then other residents attack outsiders' shops. Thokoza, East Rand: Public violence and shack burnings lead to 6 arrests and flight of 50 foreigners. Kwathemba, East Rand: Informal settlement residents attack and loot foreign-run shops. Emlotheni and Emandleni, East Rand: Foreigners are attacked and robbed, and a woman is gang raped. Soweto, Johannesburg: A Mozambican is shot at point-blank range; nothing is stolen. Fisantekraal, Durbanville, Cape Town: A Somali shopkeeper is killed and his brother is wounded by armed robbers.
17 May	Tembisa: Shops and shacks are attacked. 1-3 people die. Katlehong, East Rand: 2 people are killed, 18 shacks are razed, and 29 people are arrested for public violence.
18 May	Tembisa: 50 shacks are burned and four men are murdered. Seven arrests are made. Cleveland Informal Settlement, Johannesburg: Two people burnt and three beaten to death; 50 hospitalised; 15 shops are vandalised and looted, 10 cars burned; 300 people flee to Cleveland police station. Reiger Park/ Ramaphosa, East Rand: Shacks razed and at least four people are killed; two are deliberately burned to death. Actonville near Emandleni: a South African dies in a home set alight during a search for foreigners. Makausi, East Rand: Five people are killed after shacks are burned and torn down. Locals throw rocks and petrol bombs at police. Dukathole, East Rand: Violence breaks out; a witness sees people stabbed, mutilated and burned.

- 19
May Violence continues in central Johannesburg with 6 people reported dead in Cleveland.
West Rand: More mobs burn shacks and attack spaza-shops.
Kya Sands: Residents barricade roads; 8 people are arrested for public violence.
East Rand: violence continues with three assaults in Boksburg. There is one death in Makausi and at least three killings along with destruction of property and homes in Ramaphosa.
Idukathole: roads are barricaded and a vehicle is smashed.
Actonville: a foreign national is shot dead and a local burned alive in his home.
Marathon Informal Settlement, East Rand: A mob chases foreigners out and burns their homes to the ground.
Jerusalem Informal settlement, East Rand: A mob of 500 attempts to loot shops and fires on police.
Kagiso, West Rand: A mob of around 1,000 people starts attacking foreigners.
Mayfair, Johannesburg: Several Somali mothers and children are threatened by a mob at their home.
- 20
May Tembisa: Violence continues. Hundreds of people are dispersed by police and 7 people are arrested.
East Rand: Violence including shack torchings and assaults continue. Two men are killed at Ramaphosa.
Joe Slovo Informal Settlement, Boksburg: One man is hacked to death.
Muvhango, Bophelong, Gauteng: Hundreds of foreigners are attacked and seek shelter at the local police station.
Duduza, near Nigel, East Rand: 150 people seek refuge in the police station.
Tudor Shaft Informal Settlement, West Rand: Heavily armed police attempt to quell violence.
Umbilo, Durban: Hostel dwellers attack and rob a Nigerian-owned tavern and its patrons.
Elsewhere in Durban, locals order foreign traders out and a foreign national is severely beaten at a taxi rank.
- 21
May Leslie and Embalenhle Townships, Mpumalanga: Foreigners' shacks and shops are burned and looted.
Ramaphosa, East Rand: Four people are killed in continuing violence.
Umbilo, Durban: Violence continues; at Cato Manor a man is shot and two others injured.
Sebokeng, Gauteng: Confrontations and lootings break out as foreigners sought refuge in the area.
Villiers, Free State: Youths loot Pakistani-run shops, leading to 22 arrests.
Mabopane, North West: Foreign traders running businesses from the station are attacked.
Okasie, Brits, North West: Foreigners' shops are looted and burned; 49 are people arrested.
Kenville, Durban: A mob petrol-bomb a Malawian home and rob 15 South African and 3 Malawian homes.
Bottlebrush Informal Settlement, Durban: Foreigners are beaten and their homes looted, causing 200 to 300 families to flee to the police station.
- 22
May North West province and in Kenville, Durban: Violence continues.
Mohlaletsi, Limpopo: A group attacks foreigners' homes, demanding money. A man is stabbed. 11 people are arrested.
Masiphumelele & Du Noon, Cape Town: Foreigners are stoned and Somali-run shops are looted in Masiphumelele; mobs loot shops and displace foreigners in Du Noon, injuring 12.
Witlokasie, Knysna: Five Somali shops are looted and set alight.
Zwelihle & Overhills, Hermanus: 250 foreigners are displaced by xenophobic attacks and shops are vandalised during this week.
Namahadi near Frankfort, Free State: Locals break into and loot foreigners' shops. Five arrests are made; 3 of minors.
Ga-Rankuwa & Shoshanguve, Gauteng: Eviction notices are issued to foreigners in Ga-Rankuwa; at least one shop is looted and burned in Shoshanguve.
- 23
May Malvern: at least two displacements.
Du Noon: Looting and destruction of shops continues.
Lwandle, Strand: Violence breaks out.
Khayelitsha, Malmesbury, Philippi, Kuils River & Mitchell's Plain, Cape Town: Violence and displacement occur.
Nyanga, Cape Town: Foreigners' homes are stoned.
Ocean View, Langa: Locals threaten arson if displaced foreigners are housed in their community hall.
Umlazi, KwaZulu-Natal: A Malawian is robbed of household possessions.
Quarry Heights, Durban: Five foreigners are injured in assaults.
KwaMsane, KwaZulu-Natal: A foreign family is shot at while driving back to Mozambique.

- 24
May Actonville: Confrontations occur between locals and foreign nationals.
 Ramaphosa: shack and vehicle burnings.
 Kraaifontein, Cape Town: Shops are looted and burned.
 George, Eastern Cape: Attacks said to have broken out.
- 25
May Tembisa's Madelakufa settlement: A mob destroys shacks, 41 are arrested. In nearby Ivory Park, there
 are 25 arrests after shelters were burned and looted.
 Western Cape: Sporadic violence continues, involving at least one killing (Kuils River).
 KwaNdengezi, KwaZulu-Natal: Five Mozambican men are assaulted and robbed.
- 26
May Phomolong, near Rustenberg: Police arrest 5 people for inciting violence.
 Violence declared under control by Safety and Security Minister on this day.

Quelle: Towards Tolerance, Law and Dignity: Addressing Violence against Foreign Nationals in South Africa, Studie
hrsg. v. International Organization for Migration - IOM, Regional Office for Southern Africa, Johannesburg, 2009, S.
23-28.

Claus-Dieter König

Nun wieder „Hakuna Matata“* in Kenia ?

Die Wahl

Die Meldungen in den Zeitungen haben im Dezember 2007 die Welt erschrocken. Nach der Wahl 1500 Tote und 300000 Flüchtlinge. Es gibt Quellen, die die Anzahl der Flüchtlinge sogar auf bis zu 650.000 beziffern. Menschen, die in eine Kirche geflüchtet waren, sind dort verbrannt worden. Die Polizei schoss auf Demonstranten.

Kenia hat am 27. Dezember 2007 gewählt, das Parlament und den Präsidenten in Direktwahl am selben Tage. Für das Amt des Präsidenten kandidierte Raila Odinga gegen den Amtsinhaber Mwai Kibaki. Raila kandidierte für die Partei *Orange Democratic Movement (ODM)*, Kibaki für die *Party of National Unity*, die er erst kurz vor der Wahl zusammen führte. Die Partei, die vor fünf Jahren hinter seiner Präsidentschaftskandidatur stand, war inzwischen zerfallen.

Nach der Wahl wurde ausgezählt. Alles deutete auf einen Sieg der ODM und ihres Kandidaten Raila Odinga hin. Die Abgeordneten für das Parlament werden, wie in Großbritannien, direkt gewählt. Eine Verhältniswahl gibt es nicht. Wahlkreis für Wahlkreis fiel an die ODM, die jetzt mit 99 von 207 der Abgeordneten im Parlament Kenias vertreten ist. Die Partei Kibakis gewann lediglich 43 Sitze. Zusammen mit der ODM nahestehenden Abgeordneten kleinerer Parteien, ergab dies eine Mehrheit für die ODM im Parlament. Auch im Rennen um das Präsidentenamt lag Odinga vorn. Doch dann stockte das weitere Auszählverfahren. Beim Leiter der Wahlkommission gingen keine Zählmeldungen der Mitarbeiter in den Wahlkreisen mehr ein. Als nach einer längeren Pause weitere Wahlkreisergebnisse veröffentlicht wurden, staunten aufmerksame Beobachter nicht schlecht: das in Nairobi präsentierte Ergebnis unterschied sich oft substantiell von dem Ergebnis, das vor Ort im Wahlkreis verkündet worden war. Nicht selten um mehr als 20000 Stimmen zugunsten von Mwai Kibaki. Kibaki fing Odinga auf der Schlussgeraden ab und gewann die Wahl um das Präsidentenamt mit 40400 Stimmen Vorsprung. Die Verkündung dieses Ergebnisses als offiziell und dass Kibaki noch am selben Tag vereidigt wurde, löste die Unruhen aus.

Selbst der Vorsitzende der Wahlkommission Samuel Kivuitu beantwortete am Neujahrstag 2008 die Frage, ob Kibaki die Wahl auf faire Weise gewonnen habe, ausweichend mit er wisse es nicht. Allerdings haben wahrscheinlich beide Seiten in ihren jeweiligen Hochburgen Wahlergebnisse gefälscht. Dafür spricht, dass aus klaren Hochburgen einer der beiden Parteien deutlich erhöhte Wahlbeteiligungen vermeldet wurden, die dafür sprechen, dass so die Gesamtstimmenzahl in die Höhe gedrückt werden sollte. Eine Neuauszählung scheiterte daran, dass die ODM es für nicht gewährleistet hielt, dass die Stimmzettel ausreichend sicher verwahrt wurden.

Nach der Wahl wendete Präsident Kibaki ein altes Mittel parlamentarischer Politik in Kenia an: Koalitionsbildung durch Vergabe wichtiger Staatsämter. Er ernannte Kalonzo Musyoka von der ODM-Kenya (eine Abspaltung der ODM) zum Vizepräsidenten und erreichte so, dass die Mehrheit der ODM und mit ihr verbündeter kleiner Parteien fragil wurde. Das zeigte sich auf der konstituierenden Sitzung bei wichtigen Wahlen wie der des Parlamentspräsidenten.

* Keine Probleme (Kiswahili), gerade bei Touristen beliebter Ausruf

Die Gewalt

Warum eskalierte die Gewalt? Weil in Kenia die Politik die verschiedenen Ethnien in den Konflikt gegeneinander treibt. Ethnische Gewalt ist ein Phänomen des 20. und 21. Jahrhunderts und es versteht sie falsch, wer sie als altertümliche Stammeskönflikte abtut. Die politische Kultur und wie diese durch die Politiker in ihrem Wahlkämpfen gestaltet wird, trägt maßgeblich dazu bei, dass ethnische Unterschiede zur Begründung von Gewalt werden.

In schwächerer Form kennen wir das aus Deutschland: Politiker hetzen im Rahmen von Wahlkämpfen gegen eine Bevölkerungsgruppe, z.B. Roland Koch gegen Ausländer. Das heißt dann die rassistische Gewalt gegen Ausländer an.

In Kenia allerdings ist die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie das wichtigste Unterscheidungsmerkmal der Politiker. Politische Koalitionen werden als Koalitionen der wichtigsten Ethnien gedacht. Der Luo Odinga gegen den Kikuyu Kibaki. Odinga hat es zudem geschafft, mit den politischen Führungspersonen kleinerer Ethnien eine breite Koalition zusammen zu stellen, gegen die Kikuyu und Kibaki.

Dort, wo jetzt die Gewalt am schärfsten ist, hat Odinga mit seinem engen Vertrauten William Ruto besonders erfolgreich die Minderheitenethnien hinter sich geschart: im Rift Valley. Dort kann man auch geschichtlich nachvollziehen, dass hinter den ethnischen Konflikten auch handfeste materielle Konflikte stehen: Konflikte um Land. Während der Kolonialzeit war das Rift Valley das Hauptgebiet des Siedlungskolonialismus. Hier sind die großen Farmen, die früher den kolonialen Siedlern gehörten, und die sich heute nicht selten Politiker widerrechtlich angeeignet haben. Eine nennenswerte Landreform hat es nach dem Ende der Kolonialzeit nicht gegeben. Land wurde verkauft, Kaufkraft hatten die Kikuyu aus Nairobi und Umgebung. Die im Rift Valley die Mehrheit stellenden Ethnien wie die Kelenjin, die national aber in der Minderheit sind, hatten weniger Kaufkraft und sahen sich betrogen um Land, das nach ihrer Vorstellung ihnen gehören sollte. Dieser Landkonflikt schwelt bis heute im Rift Valley und ist eine Hauptursache der in dieser Region besonders eskalierenden ethnischen Konflikte. In den neunziger Jahren hat der langjährige Diktator und Präsident Daniel Arap Moi diese Konflikte aufgrund seiner politischen Interessen besonders verschärft. Er gehört den Kalenjin an und mobilisierte die Rift-Valley-Ethnien gegen die Kikuyu. Im Rift Valley gab es gewaltsame Landvertreibungen. Denn man kann politische Mehrheiten im Wahlkreis bei Mehrheitswahl auch schaffen, indem man die WählerInnen des politischen Gegners vertreibt. Die Akteure, die gewalttätig vertreiben, interessiert dabei weniger das Wahlergebnis als das Land. Die Politiker verleihen der Landvertreibung allerdings Legitimität, wenn sie in Reden behaupten, dass die anderen das Land nicht rechtmäßig besäßen und in dieser Region keine traditionellen Rechte hätten. Damals war William Ruto Schatzmeister der „Jugend für KANU“⁵¹, der man vorwirft, die Vertreibungen angeheizt zu haben. Jetzt ist Ruto Mitstreiter von Raila Odinga und wieder gehen viele davon aus, dass er die ethnische Gewalt im Rift Valley bewusst forciert hat. Beide Kandidaten zur Präsidentschaft und ihre Teams haben das im Vorfeld der Wahlen getan. Denn Landkonflikte eskalierten nicht nur im Rift Valley, sondern z.B. ebenfalls an der Küste. An der Grenze zu Uganda, wird schon seit Jahren ein lokaler Krieg unter anderem mit dem Mittel des Viehdiebstahls geführt. Der pastoralen Bevölkerung Kenias, die vom Vieh lebt, raubt man mit dem Vieh auch die Lebensgrundlage. In der Masaai Mara eignen sich Großgrundbesitzer (oft gleichzeitig Politiker) mit illegalen Mitteln Ländereien an, auf denen sie dann touristische Infrastruktur errichten. Die Masaai verlieren nicht nur das Land, sondern auch noch den letzten Tropfen sauberes Wasser in der ohnehin trockenen Region, da die touristischen Abwässer die Bäche verschmutzen.

⁵¹ KANU = Kenya African National Union. Regierungspartei Kenias unter Kenyatta und Moi

Auch aus den Elendsvierteln der Großstädte berichten die Medien über Gewaltszenarien. Diese haben ebenfalls historisch weit zurückreichende Ursachen und Hintergründe. Denn die politische Ordnung Kenias während der Kolonialzeit und der Regierungen Kenyatta und Moi beruhte unter anderem auf jeweils eigenständigen lokalen Herrschaftsmodellen in den Siedlungen der städtischen

Armen. Lokale Jugendmilizen, bis in die 90er Jahre in der Regel die KANU-Jugend, sicherten als lokale Gewaltmonopole die korruptiv-mafiose Herrschaft einer meist kleinen Gruppe um den Chief oder Village Chairman, die Vermieter der zehn Quadratmeter großen Wellblechhütten und nicht selten auch der Kneipenbesitzer. Die KANU-Jugend trieb die Mieten bei den Slumbewohnerinnen und -bewohnern und meist auch Schutzgelder bei den lokalen Gewerbetreibenden ein. Sie unterband Widerstand gegen die lokalen Herrscher gewalttätig.

Die politische Öffnung der 90er Jahre in Kenia, auf der Makroebene als Beginn eines Mehrparteiensystems erfahrbar, bedeutet auch auf der Mikroebene, dass diese Gewaltmonopole nicht selten erfolgreich herausgefordert werden. Es bilden sich gegen die bisher im Slum vorherrschenden Jugendmilizen gleichartige Gegenbewegungen und auch schon in den 90ern gibt es Viertel in Nairobi, in denen sich die Auseinandersetzung dieser Milizen und der hinter ihnen stehenden Bosse zuspitzen und als lokaler Krieg ausgefochten werden.

Politiker, auch der Opposition gegen den Diktator Moi, bedienen sich dieser Gruppen in ihren Kämpfen um Vorherrschaft in den städtischen Wahlkreisen. Sie nutzen das Argument der ethnischen Zugehörigkeit, um die Gruppen auf ihre Seite zu ziehen oder organisieren selbst ihre eigenen Jugendgangs – meist dann gleich als ethnisch homogene Gruppe. Ergebnis: die lokalen Milizen und die Konfliktlinien zwischen ihnen werden ethnisiert.

Die Mungiki begannen als ein Netzwerk solcher lokalen Gegenmilizen ethnischer Kikuyu. Heute haben sie ganze Viertel unter Kontrolle.

Ihre Armut macht die Menschen so verletzlich gegenüber diesen ja auch nur mit einfachsten Waffen agierenden Milizen. In der Hütte im Elendsviertel lebt man nicht menschenwürdig, doch aus ihr vertrieben zu werden heißt, noch weiter an den Rand der Stadt ziehen, die Kunden des eigenen Kleinhandels zu verlieren oder höhere Transportkosten zum Arbeitsplatz zahlen zu müssen. Die Jugendarmut sorgt dafür, dass Jugendliche gerne bereit sind, sich an solchen Milizen zu beteiligen. Hier gibt es Geld und Macht.

Die Zukunft

Kenia ist politisch ein „Winner-takes-it-all-System“, man gewinnt oder verliert alles. Die politische Macht des Präsidenten ist deutlich größer als die der Kanzlerin in Deutschland. Das Kabinett ist relativ unbedeutend gegenüber dem Präsidialamt (Office of the President), das faktisch ein Superministerium ist, in dem die Fäden der Macht zusammen laufen. Das nationale Parlament ist schwach. Das Präsidialamt stellt auch die regionalen und lokalen Verwaltungen, deren parlamentarische Einfluss auf diesen Ebenen ist gering.

2005 scheiterte eine Verfassungsreform, weil der letztlich vorgelegte Verfassungsentwurf die Stellung des Präsidenten nicht abschwächte. Die Bevölkerung lehnte diese Verfassung ab. Langfristig wäre eine andere Verfassung allerdings ein notwendiges Element einer politischen Lösung für Kenia. Und eine Bevölkerung, die ihre Rechte als soziale Rechte und nicht als ethnische Rechte von den Politikern einfordert. Da ist die kenianische Bevölkerung in den letzten 15 Jahren

immerhin schon einen gehörigen Schritt weiter gekommen. Politische Bildung und Interessenorganisation sind der Schlüssel, damit in Kenia eine differenzierte Zivilgesellschaft entsteht, die als Basis für eine funktionierende Demokratie notwendig ist.

Für die meisten Menschen in Kenia geht es in erster Linie darum, dass sie den täglichen Kampf ums Überleben bestreiten können. Dieses Interesse politisch aufzugreifen ist insbesondere wichtig, weil

so quer zu ethnischen Trennungslinien die Mehrheit der Bevölkerung gemeinsame Interessen artikulieren kann. Die Frage der Landverteilung gehört nicht als Frage der Verteilung zwischen Kikuyu und Kalenjin auf die Tagesordnung. Vielmehr muss anerkannt werden, dass die meisten Großgrundbesitze illegal oder illegitim zustande gekommen sind, vor und nach der Unabhängigkeit, so dass die Frage einer umfassenden Landreform zwar durchaus explosiv ist, aber auch nicht weitere Generationen verzögert werden kann. Städtische Arme beginnen, sich gegen willkürliche Vertreibungen und despotische Verhältnisse in ihren Vierteln zu organisieren. Nur wenn der alltägliche Despotismus im Lebensumfeld städtischer Slums an Bedeutung zugunsten demokratischer Entscheidungsstrukturen verliert, kann auch auf der nationalen Ebene ein demokratisches System Erfolg haben. Weil aber Armut eine wichtige Ursache für die Einfachheit ist, mit der in den Slums Nairobis despotische lokale Herrschaftssysteme errichtet werden können, liegt ein Schlüssel auch in Fragen, wieviel Jobs zu welchen Löhnen in in der Zukunft zur Verfügung stehen.

Seitens Europas wird zwar jetzt politischer Druck auf die Konfliktparteien ausgeübt, der Spielraum für dauerhafte politische Lösungen wird durch ihr Handeln allerdings eingeengt. Denn mit den Economic Partnership Agreements, dem Drängen auf Handelsliberalisierung, wird Armut in Kenia verschärft. Die Liberalisierung des Handels, die Kenia 1993 vornahm, führte dann auch bis 1997 zu einem Rückgang der industriellen Produktion. Das weitere Öffnen der Märkte gegenüber subventionierten landwirtschaftlichen Produkten aus der EU wird ländliche Armut noch verschärfen, da die Kleinbauern nicht mit den Importen konkurrieren können.

Große Koalition zu Lasten der Menschen

Eine Vermittlungslösung ist gefunden: eine Koalitionsregierung wurde gebildet. Die ODM um Raila Odinga erkennt Mwai Kibaki als Präsidenten an, im Gegenzug hat Raila den neu geschaffenen Posten des Premierministers besetzt. Bei der Besetzung und Verteilung der Ministerien zahlte die Bevölkerung die Zeche für den Frieden unter den Politikern. Damit die neugebildete Koalition nicht im Schacher um Posten und Pfründe gleich wieder zerbrach, wurde die Anzahl der Minister und Assistenzminister einfach verdoppelt. Denn die Parteien in Kenya sind fragile Koalitionen regional verankerter Politbarone, deren Interesse vornehmlich am Erhalt und Ausbau des eigenen Klientel- und Pfründesystems besteht. Damit diese Konflikte nicht ausbrechen, war die Erhöhung der Anzahl der Ministerien und weiteren Positionen in Staat und parastaatlichen Organisationen notwendig. Die Mittel, die in die Aufblähung der Pfründestrukturen fließen, fehlen nun für staatliche Aufgaben wie z.B. die Armutsbekämpfung oder auch nur die Bereitstellung einer halbwegs funktionstüchtigen Straßeninfrastruktur.

Die Armen zahlen ohnehin – wie stets und überall – die Zeche. Sie stellen die Toten und Vertriebenen. Als Folge der Gewalt haben sich die Verbraucherpreise für die wichtigsten Lebensmittel verdoppelt. Am Ende der Kämpfe bleiben die Preise dennoch konstant auf dem hohen Niveau. „Selbst Sukuma Wiki ist nicht mehr freundlich zur Geldbörse“, schreibt eine der Tageszeitungen. Sukuma Wiki kann man mit „die Woche strecken“ übersetzen, es ist ein dem Grünkohl ähnlicher Kohl, mit dem man sich bislang in Kenia auch mit den letzten Münzen über den

Rest der Woche retten konnte, bis es wieder Lohn gab. Doch dazu ist auch dieses Gemüse nun zu teuer.

Am Verhandlungstisch wurde eine Lösung gefunden, die die beiden Flügel der politischen Elite zusammen, oder besser nebeneinander her, arbeiten lässt. Gestärkt wurde dadurch aber vor allem das Pfründe- und Klientensystem Kenias. Die diesem System zugeführten staatlichen Mittel sind explosiv angewachsen. Eine parlamentarische Kontrolle von Korruption zeigte bis 2007 erste

Wirksamkeit, die sich auch bei den Wahlen offenbarte. Obwohl von traditionell starken Parteien nominiert, haben die Wählerinnen und Wähler besonders korrupte Parlamentarier 2007 abgewählt. Diese gesellschaftlichen Errungenschaften schwinden mit der Großen Koalition, weil es zu ihr keine nennenswerte Opposition mehr gibt. Solange die Koalition hält, werden die sozialen Konflikte Kenias nicht so offen und als ethnische Gewalt ausbrechen, wie dies 2007/2008 geschah. Gelöst werden sie nicht, sondern eher verschärft.

Akuter Sprengstoff: die juristische Aufarbeitung der Gewalt

Als Teil des von Kofi Annan vermittelten Abkommens zur Machtteilung zwischen Kibaki und Odinga wurde eine Kommission zur Untersuchung der Gewalt nach den Wahlen unter Vorsitz des Richters Philip Waki einberufen. Am 15. Oktober legte die Kommission ihren Report vor, der klar benennt, dass die Gewalt in einigen Regionen Kenias unter Beteiligung von Politikern und führenden Geschäftsleuten vorbereitet wurde. Im Report wird die Position vertreten, dass die Straflosigkeit politischer Gewalt seit den 90er Jahren ein wichtiger Faktor für die Eskalation der Gewalt war. Wenn also eine erneute Gewalteskalation verhindert werden soll, muss dieser Zyklus der Straflosigkeit durchbrochen werden. Die Kommission erarbeitete auch eine Liste von Verdächtigen mit besonderer Verantwortung für die Massaker nach den Wahlen, die allerdings verschlossen Kofi Annan übergeben wurde, der diese im Juli 2009 dem Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshof weitergab. Daraufhin wurde der kenianischen Regierung eine Frist von einem Jahr gesetzt, eigens ein nationales Tribunal einzuberufen. Ansonsten werde der Internationale Strafgerichtshof ab dem August 2010 das Thema aufgreifen. Ohne dass Namen genannt wurden, ist durch den Bericht der Waki-Kommission klar, dass Minister der Koalitionsregierung und führende Personen der Wirtschaft auf der Liste der Verdächtigen stehen. Die Eröffnung von juristischen Verfahren gegen sie birgt das Potenzial, die Koalitionsregierung zu sprengen und auch das Land wieder ethnisch zu spalten.

Schluss

Notwendig ist die juristische Aufarbeitung, denn wenn diejenigen, die vor und nach den Wahlen 2007 Gewalt organisiert haben, straffrei bleiben, wird es vor den nächsten Wahlen wieder Vorbereitungen zu Gewalt um den Wahlprozess geben. Darüber hinaus bedarf es einer ernst zunehmenden Landreform. Diese kann den Anspruch, eine sichere ökonomische Basis für die Bevölkerung zu schaffen, nur genügen, wenn in ihrem Rahmen auch Großgrundbesitz umverteilt wird und die Lebensmittelsouveränität Kenias statt des Schnittblumenexports zum agrarpolitischen Ziel wird. Es bedürfte steigender Löhne im industriellen Sektor der Städte. Es bedürfte einer Demokratisierung der politischen Mikrostrukturen in den Siedlungen der städtischen Armen. Bislang versäumt es die Koalitionsregierung, diese Fragen offensiv anzugehen. Die politische Opposition, parlamentarisch oder in der Zivilgesellschaft, ist bislang zu schwach, um sie auf die Tagesordnung zu setzen. Notwendig aber ist es, damit Kenia nicht ein Land mit einem drohenden Bürgerkrieg bleibt.

-Anzeige-



Jenny Marx Gesellschaft unterstützen!

Sie interessieren sich für unsere Bildungsangebote zu einer anderen, linken Politik?
Zögern Sie nicht, mit uns in Kontakt zu treten.

Wir freuen wir uns über jede Unterstützung der JMG, sei es durch Besuch unserer Bildungsveranstaltungen, Anregungen oder aktives Mitwirken.

Vielleicht können und wollen Sie die Jenny Marx Gesellschaft für politische Bildung e.V. auch finanziell durch eine Spende unterstützen. Das würde uns helfen, unsere vielfältige Arbeit fortzuführen und zu erweitern.

Politische Bildung kostet Geld, ist aber eine sichere Investition in eine bessere Zukunft unserer Gesellschaft.

Für Ihre Unterstützung möchten wir uns schon im Voraus herzlich bedanken.

Spendenkonto:

*Jenny Marx Gesellschaft für politische Bildung e.V.
Konto-Nr.: 432 328
BLZ: 585 501 30
Sparkasse Trier
Verwendungszweck "Politische Bildung".*

Spenden an die Jenny Marx Gesellschaft für politische Bildung e.V. sind steuerlich abzugsfähig. Jede Spenderin und jeder Spender erhält bei vollständiger Angabe seines Namens und seiner Adresse eine Zuwendungsbescheinigung.

**Jenny-Marx-Gesellschaft
Für politische Bildung e.V.
Postfach 2127
54211 Trier
www.jenny-marx-gesellschaft.de
Info@jenny-marx-gesellschaft.de**